

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 30. September 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis (Pränumerando):  
Bierjahres 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Österreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
eine oder deren Raum 40 Pfg. für  
politische und gemeinschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-  
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inzerate für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

### Armenpflege und Tuberkulose.

Von den Fragen, mit denen sich die diesjährige Jahres-  
versammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohl-  
thätigkeit beschäftigt hat, dürfte die Besprechung der Aufgaben der  
Armenpflege bei der Bekämpfung der Tuberkulose das größte  
Interesse beanspruchen. Der Dezerent der Charlottenburger Armen-  
verwaltung, Stadtrat Samter, hat in einem ausführlichen  
Referat \*) die rechtlichen Pflichten und die praktischen Aufgaben der  
Armenpflege im Kampf gegen die Proletarierkrankheit erörtert und  
auf Grund seiner langjährigen Erfahrungen allen in der Kommunal-  
verwaltung thätigen Personen, nicht zuletzt den Vertretern des  
Proletariats, wertvolle Fingerzeige und Anregungen für die Praxis  
gegeben.

Auf Grund statistischer Erhebungen aus verschiedenen Städten,  
die übereinstimmend beweisen, daß die ärmeren Schichten der Be-  
völkerung weitaus am meisten der Tuberkulose zum Opfer fallen,  
betont Samter das große Interesse der Armenpflege, bei dem Kampf  
gegen die Schwindsucht mitzuwirken. Neben dem finanziellen  
Interesse, sich durch rechtzeitiges Eingreifen Ausgaben in gar nicht ab-  
zusehender Höhe für ganze Generationen zu ersparen, kommt für  
die Armenpflege das rein menschliche in Betracht, mit den ihr  
zu Gebote stehenden Mitteln Hand in Hand mit allen andern Kampf-  
genossen der bezümmenden Wirkung der Krankheit unter ihren Pfle-  
glingen entgegenzuarbeiten und die nachfolgenden Generationen, wenn  
nicht ganz immun, so doch widerstandsfähiger gegen die Krankheit  
zu machen. Gerade der Armenpflege erwachsen bei der Tuberkulose-  
bekämpfung wichtige Aufgaben, die man gegenüber dem Kampf  
gegen den Bacillus nicht hinstellen darf. Die moderne Armen-  
pflege darf sich nicht auf ein bloßes Almosengeben beschränken,  
sondern sie hat ihren Pflegebefohlenen mit Rat und That hilfreich zur  
Seite zu stehen, sie hat vorzuziehen zu wollen, sie soll nicht ab-  
warten, bis ein Unterzuckerfall eintritt, sondern im voraus dafür  
sorgen, daß dieser überhaupt vermieden wird. Von diesem Gedanken  
ausgehend, dürfen die Gemeinden selbst vor größeren Aufwendungen  
nicht zurückweichen, sie müssen insbesondere, wie das an manchen  
Orten bereits geschieht, der Heilmittel-Verwaltung ihre  
ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Es fragt sich nur, ob es angezeigt ist, Personen, die bisher der  
Armenpflege noch nicht anheimgefallen sind, ihr dadurch anheimzufallen  
zu lassen, daß die Armenverwaltung einen Teil der Kosten der Heil-  
stättenbehandlung übernimmt. Das Schweregewicht liegt dabei nicht  
sowohl in der Aufwendung von öffentlichen Mitteln, als in der  
dadurch möglicherweise eintretenden Beeinträchtigung der  
politischen Rechte. Wo man, wie z. B. in Berlin und  
teilweise auch in Köln an Stelle von Armenmitteln für alle solche Aus-  
gaben, mindestens für Ordungsgehörige, besondere Wohltätigkeitsfonds  
verwendet, ist diese Schwierigkeit beseitigt. Dagegen bildet die An-  
regung in dem bekannten Erlass des Reichslandrats, die Gemeinden  
möglicherweise außerhalb des Armenrats Summen zur Bekämpfung  
der Tuberkulose zur Verfügung stellen, nur einen Vorbehalt,  
denn es ist durchaus nicht sicher, daß nicht der oberste  
Gerichtshof solchen Aufwendungen den Charakter der Aufwendungen  
aus öffentlichen Mitteln beilegt, die den Verlust des Wahlrechts zur  
Folge haben. Mit Recht befürchtet Samter, daß, wenn öffentliche  
Armenmittel aufgewandt und dadurch die politischen Rechte be-  
einträchtigt werden, gerade die besten Elemente, die der Hilfe ganz  
besonders würdig erscheinen, aus wohl begründeter Scheu vor dem  
Verlust des Wahlrechts jede Hilfe ablehnen werden. Eine Reihe  
von Gemeinden, z. B. Charlottenburg, Hamburg, Mannheim, haben  
ja von Beginn an den Standpunkt eingenommen, daß Heilstätten-  
behandlungen, insbesondere solche bei Tuberkulose, schon deshalb  
nicht als Armenunterstützungen aus öffentlichen Mitteln im Sinne  
der Wahlgesetze anzusehen sind, weil sie nicht lediglich im Interesse  
des einzelnen Kranken, sondern mindestens ebenso sehr zugleich im  
Interesse der gesamten Bürgererschaft liegen. Aber, wer weiß, ob nicht einmal  
eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts, für Preußen  
wenigstens, die Gemeinden zwingt, ihren humanen Standpunkt auf-  
zugeben? Soll wirklich erfolgreich der Kampf gegen die Tuberkulose  
seitens der Gemeinden aufgenommen werden, so beseitige man zu-  
nächst die hemmenden Bestimmungen der Wahlgesetze. Erst dann  
wird die Heilstättenbehandlung ihre segensreichen Wirkungen voll  
entfalten können.

Neben den Heilstätten für Lungentranke, deren es zur Zeit in  
Deutschland, abgesehen von 27 privaten für unbemittelte Kranke  
71 aus Mitteln der Versicherungsanstalten errichtete giebt, die ins-  
gesamt jährlich mehr als 30 000 Kranke aufnehmen können, kommen  
eine Reihe von Vereinen zur Fürsorge für kranke Arbeiter in Be-  
tracht, die neben anderer Thätigkeit auch der Bekämpfung der Tuberku-  
lose besondere Aufmerksamkeit widmen. Als Infektionskrankheit  
ist die Tuberkulose nach denselben Grundsätzen zu bekämpfen, die  
sich bei der Bekämpfung anderer Seuchen bewährt haben. Die haupt-  
sächlichsten allgemeinen Maßnahmen sind daher: die möglichst früh-  
zeitige Ermittlung der Kranken, die Vernichtung der von ihnen  
ausgestreuten Krankheitskeime und die Absonderung der Kranken von  
den Gesunden, solange sie Krankheitskeime aus ihrem Körper aus-  
scheiden, um die Übertragung der Krankheit auf andre zu ver-  
hindern. Hiernach ist der Weg, den die Bekämpfung der Tuberkulose  
zu gehen hat, klar vorgezeichnet: Heilung der noch heilungsfähigen  
Kranken; möglichst Vernichtung der die Krankheit verursachenden

und weiterverbreitenden Bacillen, aber auch die rechtzeitige Ver-  
seittigung der Krankheitsanlagen und die Verbesserung der Lebens-  
verhältnisse sowohl der Gefährdeten als der gesamten Bevölkerung,  
um den Körper widerstandsfähiger zu machen.

Von den Vorschlägen Samters im einzelnen verdient neben der  
Forderung der Aufklärung durch Wort und Schrift die Anregung  
der obligatorischen ärztlichen Untersuchung bei der Schulentlassung  
besondere Beachtung. Es sollen hierdurch Kinder, bei denen auch  
nur die Gefahr der Tuberkuloseerkrankung besteht, vor dem Eintritt  
in ungeeignete Berufe bewahrt werden. Ein weiterer Vorschlag be-  
zieht sich auf die Meldepflicht bei Todesfällen und beim Wohnungs-  
wechsel von Tuberkulösen zwecks Ermöglichung einer Zwangs-  
desinfektion zur Verhütung weiterer Ansteckung. Am wichtigsten  
wird allerdings bis auf weiteres immer die Heilstättenbehandlung  
bleiben. Die Heilstättenbehandlung kostet in Deutschland jetzt  
durchschnittlich 300 Mk. für den einzelnen Fall. Das ergibt  
bei 30 000 jährlich behandelten Personen eine Jahresausgabe von  
etwa 10 800 000 Mk. Nimmt man an, daß durch die Heilstätten-  
behandlung nur bei 15 000 Menschen die Erwerbsfähigkeit nur auf  
drei Jahre verlängert wird, und legt man nur den minimalen  
Jahresverdienst von 500 Mk. zu Grunde, wie das kaiserliche Ge-  
sundheitsamt einmal gethan hat, so ergibt das einen jährlichen  
wirtschaftlichen Gewinn von 7 500 000 Mk. und für die drei Jahre  
einen Gewinn für das Nationalvermögen von mehr als 22 Millionen.  
In Wirklichkeit stellt sich die Rechnung noch viel günstiger, denn ganz  
außer acht gelassen sind dabei die Summen, die ohne das Heil-  
verfahren in diesen drei Jahren für den Unterhalt des erwerbs-  
unfähigen Kranken und seiner Familie, für seine Be-  
handlung in den allgemeinen Krankenanstalten und im  
Falle seines frühzeitigen Todes für sein Begräbnis und  
die Versorgung der hinterlassenen Familie hätten aufgewendet  
werden müssen, von den weiteren Aufwendungen, unter Umständen  
für ganze Generationen seiner erblich belasteten Nachkommen, gar  
nicht zu reden. Es ist also klar, daß die Armenpflege in ihrem  
eigenen Interesse handelt, wenn sie den zur Heilstättenbehandlung  
geeigneten Kranken die Möglichkeit dazu giebt.

Eine wirksame Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit  
ist aber nur dann möglich, wenn auch die Frühformen der Tuberku-  
lose, die Skrofulo- und die Tuberkulose-Erkrankungen im  
Kindesalter überhaupt energischer als bisher ins Auge gefaßt  
werden. Hier bleibt den Gemeinden ein reiches Feld der Thätigkeit,  
indem Kinder auf Gemeindelosten in Heilstätten oder Ferienkolonien  
entandt werden.

Soll die Behandlung in der Heilstätte den gewünschten Erfolg  
haben, so darf der seelische Zustand des Kranken während der Kur  
nicht außer acht gelassen werden. Die Erfahrung zeigt, daß nicht  
selten Kranke es ablehnen, in die Heilstätte zu gehen oder daß sie  
vorzeitig aus ihr entlassen werden müssen, weil sie die Sorge um  
die Familie quält. Das psychische Moment ist wie überall auch hier  
von großer Bedeutung. Deshalb wird da, wo die von der Landes-  
Versicherungsanstalt gewährte Familien-Unterstützung nicht ausreicht  
oder wo es sich um Nichtversicherte handelt, die Armenpflege ein-  
greifen müssen, damit der Kranke ungehindert durch die Sorge um  
seine Handhablichkeit die Kur auf sich wirken lassen kann. Natürlich  
sind auch hier wieder, so lange die Wahlgesetze nicht geändert sind,  
Maßnahmen dagegen zu treffen, daß derartige Weisungen nicht den  
Verlust des Wahlrechts zur Folge haben. Auch nach der Entlassung  
aus der Heilstätte darf der Kranke nicht einfach seinem Schicksal  
überlassen werden, die Armenpflege hat zu prüfen, ob er sich kräftige  
Nahrung und gesunde Wohnung leisten kann und gegebenenfalls  
helfend eingzugreifen.

Namentlich der Wohnungsfrage ist die größte Aufmerksam-  
keit zu widmen. Enge Wohnungen, Mangel an Luft und Licht bilden  
einen der Hauptnährböden für die Verbreitung der Tuberkulose, und  
gerade in den Großstädten mit ihren fast unerschwinglichen Mieten  
für die kleinsten Wohnungen ist die ärmere Bevölkerung gezwungen,  
sich mit dem denkbar geringsten Raum zu begnügen. Heilstätten  
und Vergleichen werden immer nur einen kleinen Teil aller  
Tuberkulösen und Tuberkuloseverdächtigen und auch ihn immer  
nur auf einige Zeit aufnehmen können; für die übrige  
lange Zeit sind sie alle immer wieder auf die enge, oft dumpfe und  
krankheitsfördernde Wohnung angewiesen. Solange nicht im Wohnungs-  
wesen eine erhebliche Besserung eingetreten sein wird, werden alle  
Bestrebungen zur Bekämpfung der Tuberkulose erfolglos bleiben.

Sehr groß sind die Gefahren der Krankheitsübertragung in der  
Heimarbeit, weil gerade in ihr zahlreiche Personen thätig sind,  
die, zum Teil ausgesprochen tuberkulös, mindestens aber mehr oder  
weniger durch Krankheit oder erbliche Belastung geschwächt, weil zu  
anderer Arbeit nicht fähig, zur Hausindustrie übergegangen sind. Hier  
ist noch ein weites Feld für die soziale Fürsorge; die Richtung, in  
der vorgegangen werden muß, hat der diesjährige Heimarbeiterschu-  
lkongress mit anerkannter Klarheit angegeben.

Mit Recht weist Samter schließlich noch auf die Wichtigkeit der  
Ernährung hin. Hier hat die Armenpflege Anlaß zu aus-  
gedehntester Thätigkeit. Der kräftig ernährte Körper vermag der  
Krankheit einen ganz andern Widerstand entgegenzusetzen als der  
durch ungeeignete oder nicht ausreichende Ernährung geschwächte.  
Sache der Armenpflege wird es sein, hier gerade bei den noch nicht  
ausgesprochen Tuberkulösen vorzubeugen und durch Kräftigung des  
Körpers den Ausbruch der Krankheit zu verhüten; namentlich sollte  
sie von der Gewährung von Milch an solche Personen ausgiebigen  
Gebrauch machen.

Es muß anerkannt werden, daß in den letzten Jahren schon  
viel zur Bekämpfung der Tuberkulose als Volkskrankheit geschehen  
ist. Das beweist die Abnahme der Sterblichkeit. Der größte Teil  
der Arbeit in diesem Kampfe aber liegt noch vor uns. Aufgabe

aller derer, denen das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, wird  
es sein, hier helfend einzugreifen. Mögen insbesondere die social-  
demokratischen Gemeindevertreter jede sich ihnen bietende Gelegenheit  
benutzen, die Gemeindeverwaltungen an ihre sozialen Pflichten zu  
erinnern!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. September.

#### Bremer Nachspiele.

So lange die Konservativen nicht im Stande sind, die Social-  
demokratie leidenschaftlich zu erschlagen, bemühen sie sich eifrig, sie tot-  
zuschweigen. Sie fürchten, daß die rückständigen Menschen, die ihnen  
noch anhängen, und nur irgend etwas von Socialdemokratie ver-  
nehmen, der Ansteckungsgefahr unterliegen können. So führt auch  
jetzt wieder die offiziöse Parteikorrespondenz der preussischen Konser-  
vativen im Wettstreit mit dem sächsischen Regierungsorgan Klage  
über die Unterstellung, welche zahlreiche bürgerliche Blätter der  
Socialdemokratie zu teil werden lassen, indem sie sich überhaupt nur  
ausführlicher mit ihr und mit ihren Parteitag befassen. Die  
Konservativen erklären die socialdemokratischen Parteitage als Reflekt-  
und Komödie, die man nicht durch eifrige Beachtung fördern sollte;  
man begreift, daß diese Art, den politischen Gegner zu würdigen,  
der konservativen Hirnträgheit voll auf entspricht, dazu bedarf es  
keinerlei Weisens und keinerlei Lernens.

Es wird dem bezeichneten führenden Organe der Konservativen  
wenig behagen, daß gerade im Augenblick ihrer Enthaltensamkeit-  
machung die bürgerliche Presse, welche nicht dem Wahne halbtig,  
mit der nebenstarken Dummheit sei gegen die Socialdemokratie  
etwas ausgerichtet, sich wiederum besonders umfassend mit den  
socialdemokratischen Angelegenheiten und Entwicklungen befaßt.  
Dies kann auch nicht anders sein, es müßte schämmer um  
die geistigen Fähigkeiten der bürgerlichen Welt bestellt sein, als es um  
sie bestellt ist, wenn ihre Presse nicht wenigstens den Versuch machen  
sollte, die Socialdemokratie zu ergründen.

Allerdings, diese Ergründungsversuche, die seit dem Bremer  
Parteitage wiederum in Hülle und Unrommenen werden, sind nicht  
minder erfolglos wie der konservativen Überglaube,  
und durch das Schweigen der Dummheit besiegen zu können. Es  
gewährt uns reichlichen Genuß, die bürgerlichen Zeichendeuter sich  
mühen zu sehen, wie sie allerlei seltsame Putzmagungen über unsre  
inneren Zustände und über unsre Zukunft erdenken und wunderliche  
Hoffnungen sich in den Kopf setzen. Von solchen Seltsamkeiten und  
Wunderlichkeiten bringt gerade der heutige Tag eine erhellende  
Menge.

Insondere ist da ein großer Artikel der „Kölnischen  
Zeitung“ bemerkenswert. In Anknüpfung an den Parteitag stellt  
das leitende Blatt des Nationalliberalismus die Frage „Social-  
reform oder Scharfmacherpolitik?“ Die „K. Z.“ belächelt ganz ver-  
ständlich eine Scharfmacherpolitik, die doch nur eine Stärkung der  
Socialdemokratie zur Folge haben kann und fordert Fortführung der  
Socialreform. Diese an sich vom bürgerlich-liberalen Gesichtspunkt  
verständige Auffassung beruht nur aber auf einer Begründung, die  
wir gelten lassen würden, wenn uns daran läge, daß unsre politischen  
Gegner sich in falsche Vorstellungen über die Socialdemokratie  
verirren. Wir haben jedoch nicht nötig, aus falschen Beurteilungen  
unsrer Gegner über unsre Ansichten und Absichten Vorteile zu ziehen,  
wir wünschen vielmehr von Freund und Feind die völlige Klarheit  
aber das was ist. Und weil wir Klarheit wollen, darum gestehen  
wir offen, wie sehr uns die Illusionen der „Köln. Zeitung“  
erheitern.

Nach Dresden entbedte die bürgerliche Presse einen gewaltigen  
Sieg des „revolutionären Radikalismus“. Jetzt entbedt die „Köln.  
Zeitung“, daß „mit dem Parteitag in Bremen wieder ein be-  
trächtliches Stück auf dem Wege zurückgelegt worden ist, auf dem  
die socialdemokratische Bewegung seit einigen Jahren mit einer  
Art Naturnotwendigkeit vorwärts geht, ein Stück von der  
Revolutionstaktik zum Revisionismus, von der intransigenten zur  
opportunistischen Taktik“. Ueberall sieht die „Kölnische Zeitung“  
in den Bremer Vorgängen steigenden „Revisionismus“. Ja, die  
„Kölnische Zeitung“ wirft die Frage auf, „ob sich die Social-  
demokratie oder auch einzelne gewichtige Teile derselben aus einer  
von der Regierung wie von den bürgerlichen Parteien grundsätzlich  
bekämpften Revolutionspartei zu einer stark socialen und liberalen  
Revisionpartei durchmausert.“

Was ist geschehen, daß die „Kölnische Zeitung“ sich solchen Hoff-  
nungen erleihe? Die vernichtende Kritik des Antrages auf Agitation unter  
den zum Militär ausgehobenen Rekruten, die Beurteilung des anarchis-  
tischen Generalstreiks, die Behandlung der Kaiserfeier, — das alles seien  
„bedeutungsvolle, jedoch ausnahmslos auf den Grundton der Frage  
des Revisionismus abgestimmte Gegenstände“. Die „Kölnische  
Zeitung“ scheint also wirklich die absonderliche Auffassung zu hegen,  
daß der „revolutionäre“ Parteitag in Dresden diese Fragen anders  
behandelt haben würde als der Bremer Parteitag. In Wahrheit  
bedeutet es eine erstaunliche Unwissenheit, wenn das nationalliberale  
Blatt annimmt, daß irgend eine dieser Fragen zu irgend einer Zeit  
in der Socialdemokratie anders, weniger „revisionistisch“ behandelt  
worden sei als in Bremen.

Vor allem aber glaubt die „Kölnische Zeitung“ eine Um-  
wandlung der Socialdemokratie darin zu erkennen, daß „weite  
und maßgebende Kreise der Gewerkschaften“ eine  
neue Bekämpfung der Politik, insbesondere der Socialpolitik er-  
streben. Das Blatt sieht bereits eine Spaltung in zwei feindliche  
Lager „durch den Gegensatz zwischen der intransigenten  
Taktik der politischen Führer und der opportunistischen  
Taktik der Gewerkschaftsführer“. Zu dieser neuen Illusion

\*) Abgedruckt im 68. Hefte der Schriften des Deutschen Vereins  
für Armenpflege und Wohltätigkeit. Leipzig, Verlag von Dunder  
u. Humblot.

Die „Kölnische Zeitung“ gelangt durch eine geheimerweise völlig unrichtige Auffassung von der bisherigen Politik der Socialdemokratie und eine von der Phantasie voll erhofften neu gearteten Politik der Gewerkschaften. Da wird wieder geredet von der bisherigen Politik der absoluten Negation, von einer Politik nur zu Agitationszwecken. Von dieser Politik, so heißt es weiter, wollen nun aber die „Gewerkschaften“ nichts mehr wissen, um so weniger, je stärker sie geworden sind. Die Gewerkschaften haben mit der Vermehrung und Vervollständigung der Unterföhrungseinrichtungen, mit der Ausgestaltung der Tarifverträge, mit dieser allmählich eintretenden Verhängnislosigkeit ihrer sozialen Verhältnisse den Charakter einer Klassenkampf-Partei abgestreift. . . . An eine Lösung der sozialen Frage im kommunistischen Sinne denken sie nicht. . . . Ihr Endziel ist nicht die Fabrikrepublik, sondern eine Fabrikkonstitution“ ufm. Mit welcher Oberflächlichkeit die „Kölnische Zeitung“ diese Dinge behandelt, zeigt die Behauptung, „daß die Politiker nach wie vor den Generalfreilich und die Kaiserin als wirksamste Agitationsmittel verwerten wollen, während die Gewerkschaftler diesen Forderungen durchaus ablehnend gegenüberstehen“. Jeder, der die Verhältnisse nur von weitem kennt, weiß, daß die Politiker ebenso wenig jemals für den Generalfreilich zu haben gewesen sind, wie die Gewerkschaftler jetzt nicht daran denken, die Kaiserin abzulehnen.

Sodann beruft sich die „Kölnische Zeitung“ zur Begründung ihrer Illusionen auf die Ausführungen unseres Parteigenossen Köstlin, der die Zustimmung für einen Teil der sozialpolitischen Gesetze im Reichstage bekräftigt hat. Aus dieser Befürwortung glaubt die „Kölnische Zeitung“ folgern zu dürfen, daß die Gewerkschaften „immer mehr den Segen der staatlichen Socialreform zu schätzen wissen und lediglich auf die erreichbaren materiellen Vorteile sehen“. Schon sieht sie die „Spaltung in revolutionäre Demagogen und socialreformistische Gewerkschaftler“, und um diese Spaltung zu fördern, empfiehlt sie „eine geschickte Regierungs- und Parteipolitik“, statt einer Scharfmacherpolitik.

Die „revolutionären Demagogen“ werden durch die national-liberale Illusionsfähigkeit ebenso erweitert wie die „socialreformistischen Gewerkschaftler“. Ganz abgesehen davon, daß die Auffassung Köstlins über die Abstimmung zu sozialpolitischen Gesetzesvorlagen keineswegs die Auffassung der „Gewerkschaften“ ist, wie die „Köln. Zeitung“ glaubt, niemanden mehr als den Vertreter dieser Auffassung werden die hoffnungsvollen Schlüsse ergötzen, welche die „Köln. Ztg.“ daraus zieht. Alles, was da wieder der Liberalismus entdeckt von tiefgehenden Gegensätzen zwischen den bösen Politikern und den braven und täglich an Bravheit zunehmenden Gewerkschaftlern ist nichts als lustiges Träumen und eitles Gefasel.

Nichts kann und ferner liegen als die Ablehnung von mancherlei Meinungsverschiedenheiten, die in der deutschen Arbeiterbewegung bestehen. Das gewaltige Wachstum dieser Bewegung stellt stets neue Aufgaben und die Socialdemokratie ist gewiß nicht eine starre Masse, die den Entwicklungen der Zeit nicht folgt. Je mehr die Socialdemokratie sich ausbreitet und an politischem Einfluß gewinnt, um so eifriger studiert sie die Schwierigkeiten, die sich ergeben, wenn es gilt, große Ideale in der harten Wirklichkeit anzubahnen; dabei können mancherlei Unterschiede in der Auffassung hervortreten, wie die gestellten Aufgaben am besten zu erreichen sind. Aber die bürgerlichen Parteien werden immer wieder enttäuscht werden, wenn sie sich der Illusion verschreiben, als könnten solche Meinungsverschiedenheiten irgendwie die Bedeutung haben, welche die „Köln. Zeitung“ ihnen wiederum zuweist. Es ist das Verhängnis der bürgerlichen Parteien, daß sie niemals wirklich verstehen, was es mit der Socialdemokratie auf sich hat. Bald werden wir als blutdürstige Umstürzler verschrien, bald verküßelt man, daß wenigstens ein Teil der Bewegung seinen Frieden machen will mit dem heutigen Staat, mit dem Kapitalismus. Das eine ist so triftig wie das andre.

Um den Wirtswart der bürgerlichen Socialistenbefehdung vollständig zu machen, hat nun schließlich die „Berl. Ztg.“ den kölnischen Entdeckungen die allerneueste und allerköstlichste angereicht. Der Aufsatz des Parteivorstandes in unserer gestrigen Nummer entlockt dem Blatte den freudigen Ruf: „Der Revisionismus dringt vor.“ Soeben offenbart die „Köln. Ztg.“, daß die revisionistischen Gewerkschaften sich von den revolutionären Politikern trennen wollen, die „Berl. Ztg.“ aber enthüllt, daß die revolutionärsten der revolutionären Politiker selbst „Revisionisten“ geworden sind!

Nach solchen Leistungen der liberalen Geister mag man schließlich begreifen, daß die konservativen Schädler überhaupt verzagen, die Socialdemokratie geistig zu bekämpfen.

### England in Mittelasien.

London, 27. September. (Eig. Ver.)

Dank dem japanisch-russischen Kriege ist England in Stande, sein mittelasiatisches Programm: Arabien, Südpersien, Afghanistan und Tibet dem russischen Einflusse endgültig zu entziehen, mit Erfolg auszuführen. Der Vertrag mit Tibet stellt den Buddhistenstaat unter britische Oberherrschaft. Der wichtigste Artikel dieses Vertrages ist unter IX zu finden, der Tibet unterjagt, ohne Wissen und Zustimmung der Briten mit irgend welcher fremden Macht in Verbindung zu treten oder Ausländern irgend welche Konzessionen zu gewähren; die ganze äußere Politik Tibets hängt nunmehr von England ab. Dann besetzen die Briten das Schumdi-Thal (im Süden Tibets), das erst geräumt werden soll, wenn Tibet die stipulierten Kriegsschadensabgaben von 10 Millionen Mark gezahlt haben wird. Da die tibetanische Regierung wahrscheinlich nicht im Stande sein wird, diese Summe zu zahlen, so dürfte das Schumdi-Thal, der beste Zugang zu Tibet im Besitze der Briten bleiben. Dieser Sieg ist, wie bekannt, eigentlich über Rußland errungen worden.

Ein ähnlicher Kampf spielt sich gegenwärtig im nordwestlichen Distrikt des Persischen Meerbusens ab. An diesem Kampfe, der wieder zu Gunsten Englands ausfällt, ist nicht nur Rußland, sondern auch Deutschland interessiert. Inerst Rußland: seit dem Frieden von Tulkomanschai (1828), in dem Rußland über Persien der Sieger war, hat die russische Diplomatie, den Traditionen Peters des Großen folgend, nicht aufgehört, ihren Einfluß in Persien zu befestigen. Erwischt sich der englische Einfluß als zu stark, so wird Rußland zeitweilig zurück, um bei günstiger Gelegenheit einen kräftigeren Sprung machen zu können. Den besten Sprung hat Rußland in Persien vor vier Jahren gemacht, als die Briten in Südafrika engagiert waren. Rußland gewährte dem geldbedürftigen Schah eine Anleihe von 22 500 000 Rubel, wofür es bedeutende Eisenbahn-Konzessionen erhielt, sowie die Erlaubnis, die transkaspische Bahn nach dem Persischen Meerbusen fortzusetzen.

Damit kommt Deutschland in Betracht: Seit der Inangriffnahme der Bagdadbahn-Pläne ist auch Deutschland als politischer Konkurrent am Persischen Meerbusen erschienen. Die Bagdadbahn soll ihre Endstation bei Kueit, an der nordwestlichen Küste des Meerbusens, haben.

Wie vor wenigen Jahren war die Frage, wem Kueit gehöre, noch nicht entschieden. Dieser an Arabien grenzende Distrikt wird von einem Scheich namens Mbaral regiert. Aber es ist zweifelhaft, ob Mbaral souverän ist. Abdul Hamid behauptet, Kueit stehe unter türkischer Oberhoheit. Nun ist der Sultan der Freund Wilhelms II. und wäre nicht abgeneigt, seinem deutschen Freunde einen Dienst

zu erweisen und ihm den Zugang zum Persischen Meerbusen zu erleichtern.

Die Politik um den Persischen Meerbusen verdient die ernsteste Aufmerksamkeit, da sie die Keime des nächsten Krieges enthalten kann.

Gegenüber dieser russischen und deutschen Konkurrenz erklärt England, es könne aus Gründen der Sicherheit Indiens keine fremde Niederlassung am Persischen Meerbusen gestatten und werde im Notfalle zum äußersten greifen. Dies ist der Sinn der Erklärung Lord Lansdownes vom 5. Mai 1903.

Der obengenannte Scheich Mbaral wird seit einigen Jahren von England unterstützt. Im Herbst 1901 kam es zu einem Kriege zwischen Mbaral und dem vom Sultan unterfügten Emir von Reschid (Arabien). Der Scheich war anfangs erfolgreich, erlitt aber in der Folge eine Niederlage und befürchtete einen Einbruch des Emirs. Er rief deshalb die Engländer zu Hilfe, die sofort einige Kanonenboote nach dem Hafen von Kueit entsandten. Nun erschienen auch türkische Truppen, da der Sultan — wie früher gesagt wurde — Suzeränitätsansprüche auf jene Distrikte macht. Die Engländer ließen sich jedoch nicht abschrecken und drohten mit Gewalt, worauf sich die Truppen des Sultans zurückzogen. Mbarals Herrschaft in Kueit wurde dadurch befestigt, ebenso der englische Einfluß im Nordwesten des Meerbusens.

Im Winter 1903 unternahm Lord Curzon, der Statthalter von Indien, eine Reise nach dem Persischen Meerbusen, um die alte Freundschaft mit den dortigen Stämmen zu erneuern. Mbaral wurde besonders ausgezeichnet.

Vor wenigen Wochen wurde vom Sultan wieder der Versuch gemacht, Mbarals Herrschaft zu brechen, denn der Scheich gewinnt offenbar an Einfluß in Arabien und fördert dort die englischen Pläne. Mbarals arabischer Bundesgenosse ist Scheich Jbu Saud, Häuptling der Wahabiten. Dieser wurde vom Scheich Jbu Reschid, der über türkische Hilfstruppen und russische Geldmittel verfügt, angegriffen. Anfangs mit Erfolg, aber Jbu Saud wurde sofort von Mbaral unterstützt und schlug die türkisch-russischen Truppen ans Haupt. Fast die ganze Westküste des Persischen Meerbusens fällt nun unter den Einfluß Mbarals, d. h. Englands.

### Friedens-Kongressele.

Bekanntlich tagte in den letzten Wochen in Saint Louis der Kongreß der interparlamentarischen Union zur Förderung des Weltfriedens. An diesem Kongreß nahmen auch mehrere deutsche Abgeordnete teil, so die Herren Dr. Arend, Dr. Paasche, Gerstenberger, Zwiß, Rosenow, Goldschmidt ufm. Neben den freiständigen Abgeordneten, die ja an Friedenskongressen seit jeher teilzunehmen pflegen, befanden sich also auch mehrere ergoaktionäre deutsche Parlamentarier, die sich im Parlament in der Förderung des Militarismus und Marinismus nicht genug thun können. Schon hieraus geht hervor, welche einen Quindub dieser selbständige Friedenskongreß darstellt.

Selbstverständlich hat man dem auch leeres Stroh gedroschen. Abgesehen davon, daß der offizielle Vertreter der amerikanischen Regierung den Kongreß dazu mißbrauchte, für eine internationale Bekämpfung des — Anarchismus Propaganda zu machen, bestand der ganze Zweck der Friedenskongressen darin, daß ein Beschluß zu stande kam, durch den die amerikanische Regierung ermahnt wurde, die Friedenskonferenz im Haag a b e r m a l s einzuberufen. Wie wir schon gestern mitteilten, denkt aber die amerikanische Regierung im Ernste gar nicht daran, diesen Beschluß zu realisieren, der, wenn er verwirklicht würde, auch noch nicht die mindeste Bedeutung haben würde. Der Kongreß von St. Louis war also nichts als ein weiteres Jugmittel für die Weltandstellung. Die Herren Arend, Paasche, Gerstenberger und Konforten aber werden, sobald sie nach Deutschland zurückkommen, im Reichstage munter für die weitere Vermehrung unserer Land- und Seestreitkräfte eintreten!

Der Centrums-Abgeordnete Gerstenberger bemühte diese Anwesenheit in St. Louis übrigens auch dazu, um nach deutsch-ultramontanem Vorbilde für einen „katholischen Volksverein“ Propaganda zu machen, der zur Bekämpfung der amerikanischen Socialdemokratie dienen sollte. Herr Gerstenberger sprach dabei die Ueberzeugung aus, daß die Flutwelle des Socialismus sich auch bald über America ergießen werde. Wir hoffen sehr, daß Herr Gerstenberger recht behalten wird!

### Deutsches Reich.

#### Die Behandlung der Auswanderer.

Seit der Schilderung der Erlebnisse unseres Berichterstatters in Anstalten hat sich eine wesentliche Wandlung vollzogen. Während bis dahin die bürgerliche Presse unsere Enthüllungen über das Treiben der Schiffahrtsagenten und die Behandlung der russischen Militärknechte fast vollständig totgeschwiegen hatte, läßt sie sich jetzt aller Augenblicke durch lange Auseinandersetzungen „von zuständiger Seite“ erleuchten, so daß die gesamte Öffentlichkeit erfüllt ist mit Rechtfertigungen der Schiffahrts-Gesellschaften. Wir haben diese Rechtfertigungen schon mehrmals auf ihren wahren Wert zurückgeführt. Heute giebt die „National-Zeitung“ wieder einer Rechtfertigung Raum, die den „Hamburger Nachrichten“ entnommen ist. Sie behandelt alles und noch etwas: die Entschuldig., Verschaffenheit, Frequenz und die Kosten der Stationen, die Schwierigkeiten, die den Schiffahrts-Gesellschaften durch die Auswanderer entstehen (Profit haben diese armen Gesellschaften ja von den Auswanderern nicht). Auf unsere ganz bestimmten Feststellungen zahlreicher Einzelfälle geht sie jedoch mit keinem Worte ein.

Den besten Beweis dafür, daß alles in Ordnung sei, findet die „National-Zeitung“ in dem Umstande, daß in den elf Jahren des Bestehens der Kontrollstationen noch nicht elf Beschwerden über sie eingelaufen seien.

Wir können der „National-Zeitung“ verraten, daß uns, seit wir mit der Besprechung der Zustände begonnen haben, zu der wir erst durch uns zugegangene Beschwerden veranlaßt wurden, massenhaft weitere Beschwerden zugegangen sind. Nur können wir bei unseren Vorkreisverhältnissen nicht auf jede derselben eingehen, weil sie oft von weither kommen, so daß uns eine Prüfung und die Beschaffung unanschreibbarer Beweismaterials nicht immer möglich ist.

Zu erwarten, daß sich mißhandelte russische Auswanderer bei den Schiffahrtsagenten oder den deutschen Behörden beschwerten sollten, liegt übrigens eine vollständige Unkenntnis der Menschen und der Dinge voraus. Wer erwartet wohl eine Beschwerde von einem russischen Militärknecht, der wieder an die Grenze gebracht wird und wer erwartet, daß sie ihn etwas nütze?

Alle diese Rechtfertigungen können unsere tatsächlichen Feststellungen nicht aus der Welt schaffen und haben das auch noch nicht einmal versucht. Und rechtfertigen lassen sich diese Thatsachen nicht.

#### Der interviewte Reichskanzler.

Ein Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ hat den Grafen Bälou interviewt, um ihn über seine Unterredung mit Giolitti auszufragen. Graf Bälou hatte aber nichts zu erzählen. Der Besuch Giolittis sei in erster Linie persönlicher Natur gewesen. Er sei seit langem mit dem italienischen Ministerpräsidenten befreundet. Wenn es aber Spaß mache, könne in diesem Besuche zugleich „ein Zeichen unserer guten Beziehungen zu Italien“ sehen.

Gar nicht daran zu denken sei, daß es sich um eine Intervention in Ostasien handle. Die deutsche Regierung stehe gleich der französischen auf dem Standpunkte, daß da einzuweisen, bevor mindestens ein Teil den Wunsch dazu geäußert habe, nichts zu vermitteln sei.

Ueber den kürzlichen Besuch des rumänischen Ministerpräsidenten ließ sich Bälou dahin aus, daß er mit diesem Herrn ebenfalls gut bekannt sei: Uebrigens „hoffe“ er, daß der Handelsvertrag „befriedigend für beide Teile“ ausfallen werde.

Das das wertvolle Ergebnis des Interviews! Der Mitarbeiter der „Frankfurter Zeitung“ erzählt freilich außerdem auch, daß auf des Reichskanzlers Schreibtisch auch eine Broschüre Kautskys paradiert habe. Sollte das immer noch der „grüne Vädeler für den Zukunftsstaat“ gewesen sein, oder sollte Graf Bälou wirklich den heroischen Entschluß gefaßt haben, außer dem Bäckmann auch noch in andern Schriften zu blättern? —

#### Fort mit den Missionaren!

Als zur Zeit des Voger-Kustandes die socialdemokratische Presse auf Grund zuverlässiger Mitteilungen von Chinakennern gegen die Missionare in China die Anschuldigung erhob, daß sie durch ihr annahmendes, direkt in politische Verhältnisse eingreifendes Vorgehen die Erbrüderung des chinesischen Volkes mitverschuldet hätten, da fand die socialdemokratische Presse in der bürgerlichen Presse wenig Anklang. Zur Zeit des Bälou'schen Feldzuges und der Kreuzzugs-Begeisterung wählten diese Anschuldigungen wenig in den Kram unserer Kolonialschwärmer. Auch wenn sonst die socialdemokratische Presse sich kritische Äußerungen über die Missionstätigkeit überhaupt gestattete, ließ sie auf wenig Gegenliebe bei unsrer Kolonialpresse. Das hat sich gründlich geändert, seitdem eine Anzahl Missionare in Südwestafrika human genug dachten, bei der Hege gegen die Hereros ihre Meinung dahin zu äußern, daß auch von den weißen Koloniatoren gegen die Eingeborenen in Südwestafrika zum Teil in sehr brutaler, ja geradezu verbrecherischer Weise verfahren worden sei. Diese Enthüllungen der Missionare über das skandalöse Verhalten eines nicht kleinen Teils unsrer südwestafrikanischen Kulturpioniere brachte urplötzlich eine völlige Wandlung in der Beurteilung der Missionstätigkeit hervor. Die Missionare waren nun nicht mehr die notwendigen Träger der christlichen Kultur, die doch in erster Linie den Eingeborenen als kolonialer Segen gebracht werden sollte, sondern sie waren unpraktische und ungerechte Idealisten, die die Kolonialarbeit durch ihre Quereingriffe nur schädigten.

In dieser Tonart polemisiert auch heute ein Leitartikel in der „National-Zeitung“ gegen die Missionare und ihre Tätigkeit. Der Wert des „Evangeliums“, das die Missionare verbreiten, wird in diesem Artikel gleich Null gewertet und an den Missionaren nun das gelobt, daß sie teilweise wenigstens vernünftig genug gewesen seien, die Schwarzen zur Arbeit anzuhalten, wobei sie „nebenbei trotzdemweise“ das Christentum einzuführen versuchten. Diese Fälle seien aber leider nur in der Minderheit vorhanden. Deshalb sei die Missionstätigkeit nur von sehr untergeordneter Bedeutung, und der eigentliche Kulturträger sei der Farmer und Kaufmann, nicht der Missionar.

Aus diesem Herzenserguß ist so recht ersichtlich, welche Heudelei unsre Kolonialpolitik bisher mit der Heidenmission getrieben haben. Nicht die Befreiung der „blinden Heiden“ liegt diesen Herren am Herzen, sondern lediglich der materielle Vorteil der Kolonialpolitik, und sobald sich die Missionare erdreisten, unsern Kolonialabenteurern ein wenig auf die Finger zu sehen, möchte man sie am liebsten als „lästige Elemente“ per Schuß aus den Kolonien heraus-expediert haben! —

Vom franken Mirbach. Freiherr v. Mirbach ist vor einigen Tagen in Homburg eingetroffen. Wie die „Frankfurter Zeitung“ ausführt, berechtigt diese Ankunft zu der Hoffnung, daß die Eddinghaus'sche Eddinghaus'sche Gelegenheit nunmehr zur betriebsfähigen Erledigung kommt. Der nach Düsseldorf verlegte vormalige Landrat Eddinghaus hat vor mehreren Wochen auf eine Anfrage des Homburger protestantischen Kirchenvorstandes die Mitteilung ergeben lassen, daß er schon vor Jahresfrist die von ihm zum Bau unsrer Eddinghaus'schen 25000 M. dem Freiherrn v. Mirbach zur Ablieferung beauftragte der Kirchenvorstand seinen Vorhaben, eine kirchliche Anlage nach dem Verbleiben dieser Summe an Freiherrn v. Mirbach zu richten. Die Ablieferung dieses ansehnlichen Kapitals ist zwar bis zur Stunde noch nicht erfolgt; doch wird die Sache jetzt hoffentlich ins Reine kommen. —

Aus Hessen. Der Katholizismus wird häufig als das zuverlässigste Bollwerk gegenüber der Socialdemokratie angepriesen. Daß Katholizismus in der ultramontanen Presse gleich Centrum ist, braucht nicht besonders betont zu werden. Tatsache ist, daß sich in den letzten Jahren wiederholt recht deutlich bemerkbar gemacht hat, wie gerade in streng katholischen Gegenden, speziell in solchen, wo politisierende Kaplanen ihr dem Centrum wohlgefälliges Handwerk ausüben, eine deutliche Wendung zum Abwanken in das socialdemokratische Lager bemerkt gemacht hat. Waren die Wahlergebnisse bei den Annapflichtswahlen im Ruhrgebiet recht lehrreich, so der Ausfall einzelner Gemeinderatswahlen in Hessen, wie uns geschildert wird, nicht minder. Mit Hilfe der abkommandierten Centrumschwärmer ist bei den letzten Reichstagswahlen im Kreise Offenbach der nationalliberale Kandidat gewählt worden, so wie früher mit ihrer aktiven oder passiven Hilfe der Socialdemokrat gewählt worden war. Aber es scheint sich jetzt zu bestätigen, was wir als sicher bevorstehend angenommen haben: die katholischen Arbeiter, auch in den festesten Centrumsdistrikten, fangen an selbständiger zu denken und zu handeln. Die päpstliche Brotwackerpolitik scheint sie doch allmählich fertig zu machen. Während in Dörfchen mit gemischter Bevölkerung unsre Kandidaten bei den Gemeinderatswahlen unterlegen sind, haben unsre Genossen in drei streng katholischen Orten, die von Seiten ebenso schwarzer wie frommer Politiker jahresaus jahrein bearbeitet und vor der Socialdemokratie „gerettet“ wurden, ganz überraschende Wahlergebnisse errungen, so in Würzel und Mülheim bei Offenbach und in Ueberach (Kreis Friedberg). In Mülheim versagen unsre Genossen jetzt über die absolute Mehrheit im Gemeinderat, in Würzel und Ueberach ziehen sie zum erstenmal in das Gemeindehaus ein. Das Entsetzen der „Bürgerlichen“, wie sich die Schwarzen bei den Gemeinderatswahlen zu nennen pflegen, ist grenzenlos. Nachdem ihnen die katholischen Arbeiter bei den letzten Reichstagswahlen so hübsch in die Schlingen gegangen waren, zweifelten sie wohl nicht im geringsten an den glanzendsten Gemeinderatswahlen. Die Niederlage der Schwarzen ist um so niederschmetternder, als sie den socialdemokratischen Kandidaten eine blamable Niederlage zu bereiten beabsichtigten und deshalb in Versammlungen und in der Presse einen geradezu ekelhaften und zumeist rein persönlichen „Kampf“ führten. Die Erfahrungen, die im Kreise Offenbach gemacht worden sind, geben dahin: so lange die katholischen Arbeiter darauf verzichten, selbständig zu denken, gehen sie durch die Dämmerung mit dem Herrn Kaplan, sobald sie anfangen, selbst zu überlegen, zu prüfen und zu politisieren, ist der Katholizismus durchaus nicht ein Hindernis für sie, sich der Socialdemokratie anzuschließen. Die besten und ältesten socialdemokratischen Organisationen, die es im Kreise Offenbach giebt, befinden sich in streng katholischen Gemeinden. —

#### Hänge-Peters,

der sich zur Zeit in Hannover aufhält, hielt am Mittwochabend einen Vortrag über die deutsche Kolonialpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Hereros-Aufstandes. Bei dem Vortrage auf die verflochtenen 20 Jahre deutscher Kolonialpolitik gedachte er wehmütig der „großen Ziele“, die ihm und andern deutschen Pionieren anfangs vorgeschwebt hätten und die auf ein großes deutsches Kolonialreich im Osten Afrikas hinausliefen. Das jetzige

Deutsch-Ostafrika sei nur ein trauriger Torso, dem man die besten Stücke abgeschnitten habe. Trotzdem könnten wir auch den uns verbliebenen Rest noch nutzbar machen bei richtiger Bewirtschaftung. Als Vorbild stellt er das Verfahren der Engländer, namentlich in Rhodesia, hin, wo man erst die Verkehrswege schaffe durch Bau von Eisenbahnen und Straßen, um dann mit der Kulturarbeit zu beginnen. Für weniger nachahmenswert hält er die Behandlung der Eingeborenen seitens der Engländer, welche die Farbigen den Weißen politisch gleichstellten und dabei nicht berücksichtigten, daß ihnen die jahrhundertelange Schulung fehle. Die Schwarzen müßten überhaupt erst zur Arbeit erzogen werden; Schulbildung wäre für sie vorläufig noch nicht so sehr von Nutzen. Er empfiehlt die Einführung einer Art allgemeiner Arbeitspflicht nach dem Muster unserer Wehrpflicht. Auf den Herero-Kaufstand eingehend, glaubte er den militärischen Faktoren in Südwestafrika den Vorwurf nicht eriparen zu können, daß sie sich durch den Aufstand haben aberkumpeln lassen. Die Schwierigkeiten, welche uns die Niederwerfung des Aufstandes mache, bilde ein gewisses ironisches Pendant zu der deutschen Kritik des Boerenkrieges. Die Engländer hielten denn auch heute mit ihrer Schadenfreude über unsere Verlegenheiten nicht hinter dem Berg. Die gänzliche Unterdrückung der Rebellion lediglich durch weiße Truppen hält er für fast ausgeschlossen. Als Basis der Kriegsführung sei eine kleine und gut disciplinierte europäische Truppe notwendig; um den verstreuten Feind aber im Busch aufzuspüren und zu vernichten, bedürfe man schwarzer Truppen, die alle Stämme und Gewohnheiten ihrer Rassenkenntnis kennen — gerade wie man auf Ratten das Frettchen hege. (Ein gemütvoller Vergleich! Ganz Hänge-Peters!) Die Somalis z. B. stellten eine vorzügliche Polizeitruppe. Sie müßten mit den besten Waffen versehen und weichen Offizieren unterstellt sein, und abgesehen von allgemeinen Direktiven sollte man sie den Krieg so führen lassen, wie sie ihn gewohnt sind. „Langsamem Schritt“ bräuchten sie nicht erst zu üben. Jedenfalls wäre es der größte Fehler, die Schutztruppe noch immer weiter zu verstärken und ein großes Feldlager aufzurichten. Sehr mißfällig äußerte sich Dr. Peters über den umständlichen und teuren Verwaltungsapparat in unsern Kolonien, über Afforenwirtschaft zc. Die Verwaltung sollte man lieber den Kolonisten selbst überlassen. Von allen Kolonisationsystemen, die er kenne, scheine ihm das unsrige das allerunpraktischste zu sein, bei welchem auf anderthalb Farmer sechs bis sieben Verwaltungsbeamte kämen. Doch giebt er die Hoffnung nicht auf, daß auch die Deutschen das Kolonisieren mit der Zeit lernen und dann auch hierin, wie auf so manchem andern Gebiet, schließlich den Vogel abschließen werden.

Beachtenswert ist an diesen Ausführungen weniger das, was Peters an positiven Vorschlägen bringt, als seine negative Kritik. Daß unsre deutschen Truppen ihre Sache in Südwestafrika durchaus nicht besser machen, als sie die englischen Truppen in ähnlicher Lage gemacht haben, daß vor allen Dingen die Deutschen bei einem Vergleich mit den englischen Leistungen im Boerenkrieg nicht allzu günstig abzuurteilen, haben auch wir schon wiederholt hervorgehoben. Auch fürchten wir, daß Peters mit seiner Beurteilung der Kriegsaussichten in Südwestafrika recht behalten dürfte. Auch seine Verpöchtung des Afforenismus trifft entschieden das Richtige. Allerdings dürften sich die Kolonisten in ihrer Wehrheit auch für einen Beamten vom Schlage des Hänge-Peters bestens bedanken. Interessant ist die Äußerung des Peters, der ja in kolonialen Kreisen trotz seiner Vergangenheit noch immer ein ziemliches Ansehen genießt, daß die Regier zunächst zu Arbeitstieren abgerichtet werden müßten. Schulbildung sei für sie ein überflüssiger Luxus; politische Rechte vollends dürfe man ihnen nicht einräumen. Man sieht hieraus wieder einmal, was unter der „Kultur“ zu verstehen ist, die durch unsre koloniale Politik unter den Eingeborenen verbreitet werden soll! —

#### Die Lage in Südwestafrika

scheint dadurch noch eine Verschlimmerung zu erfahren, daß auch unter den Hottentottenstämmen des Südens ein neuer Aufstand auszubrechen droht. Nachrichten über kleinere Erhebungen sind ja bereits eingegangen. Gouverneur Leutwein soll nun mit einer Compagnie nach dem Süden aufbrechen, um mit den dort bereits stationierten Zweigcompagnien den Aufstand möglichst im Keim zu ersticken. Ob ihm diese Aufgabe sobald gelingen wird, darf wohl bezweifelt werden.

Wie aus Swakopmund gemeldet wird, hat der bekante Major v. Glasenapp am 22. September krankheitshalber die Heimreise angetreten. Major v. Glasenapp sicherte sich dadurch ein wenig räumliches Ansehen in unsern Kolonialgeschichten, daß er die Verfolgung der Hereros in einem so schneidigen Draufgängerstil aufnahm, daß er nicht nur mehrere Schlappen durch die Hereros erlitt, wobei er auch ein Maschinengewehr einbüßte, sondern daß er es durch seine ununterbrochenen Märsche auch fertig brachte, seine ganze zahlreiche Truppe durch Typhus und andre Krankheiten vollständig aufzureiben. Major v. Glasenapp hat also die Heimkehr reichlich verdient.

Berlin, 29. September. Reiter Hermann Hinz, früher Artillerie-Regiment Nr. 46 aus Neumünster am 20. September in Ostwarumende am Typhus gestorben. Im Gefecht beim Sambogberg am 30. August verwundet, Reiter Georg Fischer aus Berlin, früher 102. Regiment; gefallen Reiter Ferdinand Schulz aus Arefeld, früher 69. Regiment.

#### Ausland.

##### Italien.

#### Der Sieg der Landarbeiter von Magliano-Sabina.

Rom, 27. September. (Fig. Ver.)

Am Nachmittag des 26. haben die Grundbesitzer von Magliano sich endlich bereit erklärt, die Forderungen der Landarbeiter anzunehmen, die diese selbst auf drei Hauptpunkte reduziert hatten. So ist am 26. Tage seit der Proklamation dieser große und folgenschwere Streik — einer der größten Landarbeiterstreiks Italiens — beigelegt worden. Die materiellen Forderungen sind nicht sehr bedeutend: die Pächter — es sind alles Kleinpächter mit Kolonats-, Halbpaacht- oder Drittelpaachtvertrag — erhalten den verlangten Vorschuß des Saatforns, die Viehversicherung wird den Besitzern zur Last gelegt und schließlich wird den Streikenden eine große Fläche Landes zum Weizenbau verpachtet. Dies war die Hauptforderung, nachdem die Streikenden auf die Erhöhung des Ernteanteils verzichtet hatten.

Die moralischen Folgen des Sieges werden sehr groß und weit über die Sabina hinaus unter allen Landarbeitern der Latium fühlbar sein. Die Streikenden haben sich musterhaft gehalten und waren entschlossen, eher die ihnen teure Heimstätte zu verlassen und alle auszuwandern, als als Besiegte die Arbeit wieder aufzunehmen.

##### Rußland.

Die russischen Deserteure, die den russischen Behörden in die Hände fallen, werden, wie dem „Daily Chronicle“ aus Bukarest berichtet wird, mit furchtbarer Grausamkeit bestraft. Vom bloßen Erschießen wird als zu milde Abstrafe genommen. Auspeitschung und Schläge mit dem Ledestock sind die Strafmittel, die von den militärischen Behörden verhängt werden, während tatsächlich die Deserteure eigens für diesen Zweck ausgesuchten Unteroffizieren überliefert werden, die ihre zügellose Grausamkeit an den wehrlosen Opfern auslassen. In Kischinew ließen sich vor einigen Tagen zwei junge Leute in ein Faß einschließen, um der Aufmerksamkeit der Polizeibehörde zu entgehen. Ihre List wurde jedoch entdeckt, und das Faß mit seinem lebenden Inhalt wurde den Militärbehörden überliefert, die es über den harten unebenen Weg

nach der Kaserne rollen ließen. Dort wurde das Faß geöffnet, und die beiden Deserteure wurden herausgeholt. Sie waren beide fast tot. Damit ließen es die Militärbehörden jedoch nicht genug sein. Die beiden Deserteure wurden zur Kasse verurteilt, unter der sie beide tot liegen blieben. Selbstverstümmelung, um dem Militärdienst zu entgehen, wird in großem Maße geübt. Das Abschneiden von Fingern und selbst einer ganzen Hand oder eines Fußes ist in den Dörfern gar nichts Ungewöhnliches, so verhaßt ist der Kriegsdienst unter der Bevölkerung Bessarabiens. Man berechnet, daß seit Beginn des Krieges über 4000 Mann aus Bessarabien nach Rumänien desertiert sind. —

#### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

London, 29. September. Dem „Standard“ wird aus Tokio gemeldet, die japanische Presse weise ausnahmslos den Gedanken eines Friedensschlusses unter den augenblicklichen Verhältnissen zurüd und verlange Weiterführung des Krieges. In einem Waite werde ausgeführt, daß der Vorteil, den das englisch-japanische Bündnis gebracht habe, es empfehlenswert erscheinen lasse, dieses Bündnis bei seiner Erneuerung auch auf dem Gebiete außerhalb Chinas und Koreas auszudehnen. Japans Interessensphäre müsse nach dem Friedensschlusse in Ostasien erweitert werden. Als Gegenleistung könnte England auf die Hilfe Japans rechnen, falls seine Interessen in Persien und Indien durch Rußland bedroht werden sollten.

London, 28. September. „Daily Mail“ meldet aus Tschifu von gestern: Die Japaner sind bis 1800 Meilen an den Kampflinien vor Port Arthur vorgedrungen. Die von den Japanern genommenen Forts sind die Forts Nr. 4, 5 und 6. In Tschifu eingetroffene Chinesen berichten, daß der von den aus Tschifu nach vorgerückten Japanern unternommene Angriff unter großen, durch Minen hervorgerufenen, Verlusten für die Japaner abgeblieben wurde. Es ist fraglich, ob die Japaner alle eroberten Stellungen werden halten können, da dieselben im Schießbereich der großen russischen Forts liegen.

Dem „Daily Telegraph“ wird aus Tschifu von gestern telegraphiert: Aus Port Arthur ausgefahrene russische Torpedoboote haben mehrere japanische Dschunken, die nach Dalnu unterwegs waren, abgefangen. Die großen russischen Schiffe verlassen auch gelegentlich den Hafen, aber niemals mehr als drei zu gleicher Zeit.

Einer Meldung der „Morning Post“ aus Schanghai zufolge wird der Angriff auf Port Arthur fortgesetzt. In der Nacht vom 28. war derselbe besonders heftig.

London, 29. September. „Daily Express“ meldet aus Tokio von gestern, dort mache sich eine gewisse Unruhe über die Dauer der Belagerung Port Arthurs bemerkbar. Eine Zeitung bemerkt bezüglich des Generals Kogi: Wir möchten dem General ein scharfes Schwert senden, das in unserm Bureau hängt. Das Mail will damit andeuten, daß der General sich das Leben nehmen müsse. Andre Zeitungen, die bereits den Fall der Festung triumphierend angekündigt hätten, schweigen jetzt. Man spricht jetzt offen die Befürchtung aus, daß die Festung sich noch zwei bis drei Monate halten könnte. General Kogi erhielt in den letzten Wochen Verstärkungen von 10 000 bis 12 000 Mann Infanterie und neue Belagerungsgeschütze. Die ganze Umgebung Port Arthurs soll mit russischen Minen, die gewaltigen Schaden anrichten, wie besät sein. Beide Parteien seien durch die Dauer des Kampfes erschöpft.

Tokio, 29. September. Eine Notstandsverordnung, durch die das Ansehungsgebot abgedrückt wird, ist heute veröffentlicht worden. Danach wird die Dienstzeit für Reservisten zweiter Klasse von fünf auf zehn Jahre ausgedehnt und die Unterscheidung zwischen der ersten und zweiten Reservistenklasse aufgehoben. Die Reservisten werden der Dienstpflicht mit dem Alter von 37 Jahren entbunden. Die durch die Abänderung herbeigeführte Vermehrung der Armee macht eine Neuordnung der Divisionsorganisation notwendig. Der Plan hierfür ist noch nicht bekannt gegeben worden.

#### Kommunales.

##### Stadtvorordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 29. September 1904, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 5 1/2 Uhr.

Vor der Sitzung hat die Wahl und Konstituierung mehrerer Ausschüsse stattgefunden. Dem Ausschuss für die Vorlage betreffend die Pflicht-Fortbildungsschule gehören unter anderen an die Stadtvorordneten Dr. Arons, Bruns und Glöck (Soc.); dem Ausschuss für den Vorentwurf zum Neubau einer städtischen Fleischverarbeitungs- und Verwertungsanstalt die Stadtv. Augustin, Gottfried Schulz, Dr. Wehl.

In den Ausschuss für die Vorlage wegen Referierung städtischen Terrains an der Sonnenburgerstraße ist die socialdemokratische Fraktion u. a. durch die Stadtv. Vorgmann und Hinge vertreten.

Dem Andenken des verstorbenen früheren Stadtv. Duednow widmet der Vorsteher einige ehrende Worte.

In die Straßenreinigungs-Deputation ist ein Mitglied zu wählen. Gemeldet sind die Stadtv. Dr. Arons (Soc.) und Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.). Gewählt wird Kuhlmann.

Zur Verhandlung gelangt zunächst der Antrag Haberland und Genossen:

den Magistrat zu ersuchen, möglichst gemeinsam mit andren Städten geeignete Schritte zur Abwendung der Gefahren einzuleiten, welche durch Bestimmungen des neuen Wohnungsgesetz-Vorschlages, insbesondere durch die beabsichtigten Änderungen des Fluchtliniengesetzes von 1875 der Selbstverwaltung der Kommunen drohen.

Stadtv. Haberland (A. L.): Der im letzten Sommer im „Reichs-Anzeiger“ publizierte Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes greift bedenklich in die Freiheit und Selbstverwaltung der Kommunen ein. Der Entwurf will die vorhandenen Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens möglichst aus der Welt schaffen. Als solche Mißstände sieht er den Mangel an kleinen Wohnungen, ihren zu hohen Preis, die mangelhafte Beschaffenheit und die Ueberfüllung an.

Zur Kontrolle der neuen Vorschriften soll eine Wohnungsinspektion eingefügt und den Kommunen übertragen werden; die Wohnungsaufsicht sollen nach einer Dienstamtwendung verfahren, die der Zustimmung der Ortspolizeibehörde bedarf. Danach hätte die Gemeinde nur zu zahlen, und im übrigen würde lediglich die Zahl der Schutzleute ohne Uniform vermehrt; das scheint mir keine der Stadt Berlin würdige Ordnung; da soll die Polizei lieber die Wohnungen selbst inspizieren. Die Hauptbedenken jedoch liegen in der beabsichtigten Aenderung des Fluchtliniengesetzes. Die Polizei soll das Recht erhalten, die Befestigung solcher Linien auch zu verlangen, wenn das Wohnungsbedürfnis es erfordert. Letzteres ist ein durchaus vager Begriff, womit alles in die Willkür der Polizei gestellt wird. Angeblich soll damit den Monopolpreisen für Grund und Boden und der Baup speculation entgegengetrieben werden. Aber man braucht ja bloß die Haltung des Fiskus gegenüber der Frage des Volanischen Gartens anzusehen, um zu erkennen, daß er die Baup speculation unter Umständen außerordentlich begünstigt. Auch wann und welche Straßen gepflastert werden sollen, wird in Zukunft die Polizei bestimmen. Alle diese Zwangsmaßnahmen sind unbedeutend, denn es ist bisher auch ohne das sehr gut gegangen und niemand hat von einer Wohnungsnot gehört. An die sociale Wirkung dieser neuen Vorschriften glaubt tatsächlich auch die Regierung selbst nicht; sie sollen bloß den Rantel liefern, unter dessen Schutz man den Kommunen weitere Rechte entziehen will. Die Begründung sagt ganz offen, daß den Städten das Recht, eine beantragte Fluchtlinien-Befestigung abzulehnen, unter Umständen entzogen werden müsse,

um den Terrainbesitzern die Bebauung ohne allzu große Opfer zu ermöglichen. Damit sind die Abtretungen gemeint, die die Stadt zu Schulzwecken und dergleichen den Besitzern auferlegt. Da liegt der Hase im Pfeffer! Geht diese Bestimmung durch, so müssen wir in Zukunft jedes Schulgrundstück an der Peripherie gerade so teuer bezahlen, wie es dem Besitzer gefällt. Daß diese Maßregel irgendwo den Mietern zu Gute kommen könnten, ist übrigens eine Illusion. Will der Staat ein Wohnungsgesetz erlassen, so soll er sich mit den Kommunen verständigen; das Mißtrauen gegen die Selbstverwaltung bessert die Wohnungsverhältnisse nicht im geringsten. (Beifall.)

Stadtv. Heimann (Soc.): Der vor Jahresfrist veröffentlichte erste Entwurf hat allerdings der öffentlichen Kritik unterlegen, wie ich im Gegensatz zu dem Vorredner betonen möchte; freilich hat der zweite Entwurf von der Kritik keinen Nutzen gezogen. Auf ihrem letzten Verbandstage haben die städtischen Haus- und Grundbesitzer-Vereine sehr entschieden gegen den Entwurf Front gemacht und unablässige Agitation gegen denselben dringend empfohlen. Ich kann mich des Argwohns nicht entschlagen, daß dieser Antrag eine erste Frucht dieser Aufforderung ist. (Unruhe.) Ich unterstelle ja den Antragstellern ohne weiteres den guten Glauben. Sobald auf irgend einem Gebiet ein socialer Fortschritt erzielt werden soll, kommen sofort die Interessengruppen, welche sich dadurch bedroht glauben, holen den Begriff der Freiheit des Individuums hervor, den sie sonst ruhig schlummern lassen, und protestieren gegen die neuen Vorschläge, während diese doch bloß dahin gehen, die Freiheit der besitzenden Klassen, die Besitzlosen auszubeuten, etwas beschränkt zu lassen. (Große Unruhe und Zustimmung.) Ganz besonders interessant ist mir, daß Berlin, welches sonst jeden Wunsch nach Wohnungsreform von sich weist (Ernte Unruhe), hier aufgefodert wird, in sämtlichen Kommunen zum Sturm zu blasen gegen das neue Wohnungsgesetz. Herr Haberland faßt den Begriff der Wohnungsnot im allerengsten Sinne auf. Diese Wohnungsnot besteht nicht sowohl in dem Mangel an Wohnungen, sondern auch darin, daß die vorhandenen Wohnungen unzulänglich und zu teuer sind. Redner geht hierauf ausführlich auf die amtliche Statistik ein, um die Behauptung des Antragstellers, daß eine Wohnungsnot nicht bestehe, zurückzuweisen. Die Einkommensverhältnisse allein lassen schon erkennen, wie groß

##### das Wohnungselend in Berlin

ist. Die Verfasser der Begründung kennen die Ursache dieses Wohnungselends sehr wohl und auch die Mittel, welche deren Beseitigung herbeiführen können. Leider aber entspricht der Text des Gesetzes nicht dem, was man nach der Begründung erwarten könnte: man will den Grundbesitzern nicht wehe thun. So ist es gekommen, daß die gesamte öffentliche Kritik den Entwurf als unzulänglich bezeichnet hat. Unsere Stellung zu dem Entwurf ist gleichfalls durchaus ablehnend, denn er ist nach unserm Dafürhalten nur eine große Halbschheit. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Begründung das Mißtrauen gegen die Kommunalverrichtungen. Jede wahre Wohnungsreform richtet sich gegen die materiellen Interessen der Hausbesitzer, und man kann es rein menschlich begreiflich finden, daß Körperchaften, wo sie gesetzlich die Möglichkeit haben, nichts thun werden, was gegen diese materiellen Interessen verstößt. Ganz unbegreiflich aber ist es, daß die preussische Regierung, welche dies Verhältnis wohl nicht kennt, dazu übergeht, das Privileg der Hausbesitzer aufzuheben und das Kommunal-Wahlrecht auf eine ganz andre Basis zu stellen (Votung). Die Furcht vor der Socialdemokratie hindert die Regierung an diesem Vorgehen. Da sie aber eingesehen hat, daß die Dinge nicht so wie bisher weiter gehen können, so geschieht, was bei uns immer aller Weisheit letzter Schluss ist: der Polizei, welche alles kann, weiß und macht, werden erweiterte Zwangsbesugnisse gegeben. Wundert können Sie sich am allerwenigsten über solches Vorgehen, denn Sie ernten, was Sie und die übrigen Kommunen jahrzehntelang gesät haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Auf die Einzelheiten gehe ich nicht ein, weil die Versammlung dafür nicht das Forum ist. Möglich, daß die neuen Bestimmungen in einzelnen Fällen Grundbesitzer dahin bringen können, ihr Gelände früher der Bebauung zuzuführen, als sie sonst wollten; aber viel wird das nicht bedeuten, denn weit mächtiger als selbst die Polizei ist das Kapital. Herr Haberland weiß, daß die großen Terraingesellschaften, die größten Feinde einer vernünftigen Wohnungsgelösendung (Unruhe), aller dieser papiernen Fesseln spotten und spotten können. Kämpft irgendwo einmal ein einsichtsvollerer Landrat gegen die ungemessene Ausnutzung des Grund und Bodens, so laufen diese großen Gesellschaften Sturm gegen ihn, und der Kampf Stube nach Stube gegen die Terraingesellschaften hat bekanntlich mit dem kompletten Siege der letzteren geendet. Eine Regierung, welche so ichone Worte gegen den Bodenwucher findet und gleichzeitig die tollste Auswucherung des Bodens beim Volanischen Garten begünstigt, von der kann man nichts Durchgreifendes erwarten. Auch dieser Entwurf beweist von neuem, daß nur mit der Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden durchgreifende Abhilfe erreicht würde. Aber die Vorlage läßt sogar die Durchführung des Entschlusses vermissen und auch von der so dringend notwendigen Aenderung des Kommunalabgaben-Gesetzes ist keine Rede.

Die Besteuerung des unbebauten Landes zu dem gemeinen Wert sollte gerade aus diesem Anlaß nochmals von dem Magistrat in Erwägung gezogen werden; die Hausbesitzer könnten dem ruhig zustimmen, da ja die Steuer contingentiert ist. Die Möglichkeit der Einführung einer Bauplattform würde ebenfalls nur durch Aenderung des Kommunalabgaben-Gesetzes gegeben sein; sie müßte so gestaltet werden, daß jeder Wertzuwachs besteuert wird, der durch die Gemeindefähigkeit entsteht, denn durch die eigne Thätigkeit des spekulierenden Terrainbesitzers wächst dieser Wert kaum um ein Jota. Was

##### Wohnungsaufsicht, Wohnungsamt und mientgellischen Wohnungsnachweis

Betrifft, so haben wir ja vor drei Jahren das gleiche beantragt; Sie haben unsre Forderungen damals verächtlich, jetzt finden Sie sie alle in dem Entwurf wieder. Die Zusammenstellung der kommunalen Leistungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge weist Berlin eine geradezu lässliche Stellung an; das zeigt wiederum, daß ohne staatlichen Zwang nichts erreicht werden kann. Wenn Wohnungsaufsicht nur in Städten von über 10 000 Einwohnern eingerichtet werden soll, so ist das freilich wieder eine Verbeugung vor den Junkern. Daß in Berlin die Anforderungen der Hygiene, wie sie der Entwurf festlegt, schon erfüllt sind, wie Herr Haberland behauptet, ist durchaus irrig, man braucht ja nur auf die Enqueten des kaufmännischen Hilfsvereins zum Beweise des Gegenteils zu verweisen. Die Forderungen des Entwurfs sind aber ihrerseits auch durchaus ungenügend, und wenn man betont, daß es sich hier nur um Minimalforderungen handelt, so würde man die Kommunen, die über dieses Minimum hinausgehen, bald an den Fingern abzählen können. Will Herr Haberland gegen die Halbschheiten und Schlechtigkeiten der Vorlage zum Kampf aufsteigen, will er wirklichen socialen Fortschritt und mit uns gemeinsam eine Agitation zur Aenderung des kommunalen Wahlrechts, dann wird er uns an seiner Seite finden. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

##### Zur Erhaltung der Rechte der Selbstverwaltung

war es Zeit, als es sich um die Zustimmung zu unsern Anträgen von vor drei Jahren handelte. (Zustimmung.) Damals war gerade das lässliche Baugesetz erlassen, und ich behauptete, ein preussisches Wohnungsgesetz, wenn es käme, würde auf diesem Boden erbaut sein. Da aber meinte Herr Wallach: kommt das Gesetz, so müssen wir uns ihm fügen, freiwillig thun wir das nicht.

Jetzt ist der Entwurf da, und nun schreien Sie über Vergewaltigung! Das einzig Erstaunliche an dem ganzen Entwurf ist, daß selbst die preussische Regierung eingesehen hat, daß von der Initiative der Kommunen auf diesem Gebiete nichts zu erwarten ist. (Sehr richtig!) Wir haben das allergößte Mißtrauen gegen die Bureaucratie, unser Mißtrauen gegen die Hausbesitzer in den preussischen Kommunen ist aber noch größer. (Große Unruhe.) Der verstorbene Bürgermeister Brinkmann rief Ihnen zu, die Wohnungsfrage noch gebieterisch an die Worten des roten Hauses. Die Verwaltung Berlins hat trotzdem die Pforten geschlossen gehalten. Jetzt kommt der Staat und will sie ein Spältchen öffnen; da sollen wir Ihnen zur Abwehr Diffe leisten.

Wir werden den Antrag ablehnen und bitten Sie, ein Gleiches zu thun. (Erfall bei den Socialdemokraten.)

**Oberbürgermeister Rischner:** Die heutige Debatte trägt wohl mehr einen akademischen Charakter. Bereits im Mai hat der Vorstand des preussischen Städtetages beschlossen, in diesem Jahre im November oder Dezember einen Städtetag abzuhalten. Auf die Tagesordnung soll nachträglich auch dieser Wohnungsfrageentwurf gesetzt werden, so daß er Gegenstand der Erörterung noch in diesem Jahre sein wird. Damit geht in Erfüllung, was der Stadt. Haberland bezüglich der gemeinlichen Aktion wünscht.

**Stadt. Kaufmann (Fr. Fr.)** glaubt die Terraingesellschaften gegen die Angriffe des Vorredners in Schutz nehmen zu müssen (Oho!); wo wären die blühenden Vororte und die herrliche bauliche Entwicklung der Umgebung Berlins ohne diese Gesellschaften? Das Bedenkliche an dem Entwurf sei, daß die Verhältnisse für die ganze Monarchie gleichmäßig geordnet werden sollen. Was Berlin betreffe, so müsse man den Entwurf überwiegend günstig beurteilen, wenn auch die Einwände bezüglich der Selbstverwaltung genau untersucht werden müßten. Mit Wohnungsdirektor und Wohnungsaussicht könne man sich nur befremden. Die Härten des im allgemeinen sympathisch anmutenden Entwurfes würden hoffentlich in den späteren Stadien der Beratung ausgemergelt werden.

**Stadt. Dr. Preuß (Soz.-Fortschr.)** führt aus, daß es doch zwei Arten des Schutzes der Selbstverwaltung giebt, daß neben dem negativen, wie ihn der Antrag Haberland erstrebe, der positive Schutz einbezogen müsse; und hier, auf dem Gebiete der letzten Leistungen der Selbstverwaltung, habe leider die scharfe Kritik Heimanns das Nützliche getroffen. Redner geht dann ebenfalls die Bestimmungen des Entwurfs durch und betont, daß es vor allem auch einer Generalisierung der vorzüglichen lex Abides (Konten-Enteignung) für Frankfurt bedürfe. Das Grundübel des Berliner Wohnungsweins liege in der

#### Kasernierung der Bevölkerung

in den großen Massenmietenhäusern, und damit stehe Berlin auf dem Kontinent an der Spitze. Diese Kasernierung habe Herr Haberland überhaupt unerwähnt gelassen; erst Herr Heimann habe darauf hingewiesen. Berlin habe die höchste Bebauungsdichte, 76 gegen 7,6 in London! Sehr bedauerlich sei, daß der Entwurf keine Verringerung des Bebauungsplans mit seinem Kiefernkafernsystem vorschlägt, und unbegreiflich, daß eine Regierung, die diesen Entwurf vorschlägt, nicht gleichzeitig das Hausbesitzerprivileg aufhebe. Die Hausbesitzer seien aber nicht die Schuldigen an den Schäden des Wohnungswesens, sondern die Terrainspekulation, die Hausbesitzer seien mit Leidtragende.

Die Erkenntnis davon scheine sich jetzt auch in den Hausbesitzerkreisen Bahn zu brechen. Nach der Begründung des Antrages durch Herrn Haberland können wir für den Antrag nicht stimmen.

**Stadt. Wallach (A. L.):** Die socialdemokratische Partei, die sonst immer für die Selbstverwaltung in hohen Worten eintritt, läßt hier die Selbstverwaltung einfach mit Füßen treten (Widerstand und Zustimmung) und lehnt es ab, uns zu unterstützen. Niemand von uns ist gegen das Wohnungsgesetz an sich, sondern nur vor den Angriffen auf die Selbstverwaltung wollen wir uns schützen. Das Wohnungswesen steht hier gar nicht zur Debatte; ich kam also auch Herrn Heimann nicht auf dieses Gebiet folgen. Die Worte, die Herr Heimann von mir citiert, sind aus dem Zusammenhang gerissen. Das Hausbesitzerprivileg würde ich persönlich gern preisgeben, aber einen Mißbrauch haben die Hausbesitzer damit nie getrieben. Die Besteuerung der Baupläne nach dem gemeinen Wert nötigt Berlin lediglich zu neuen Ausgaben, ohne einen Pfennig mehr einzubringen; deshalb wollen wir nichts davon wissen. Im einzelnen ist z. B. schon die Forderung eines besonderen Kofettes für jede Wohnung von Stufe und Küche einfach unerfüllbar; gerade die Aufstellung solcher Forderungen würde in Berlin eine Wohnungsnot erzeugen. (1) Daß diese Bestimmungen zu rigoros sind, hat sogar der Verbandstag der Mietervereine eingesehen. Das gilt besonders von der Vorschrift, daß die Kinder über 14 Jahren nach Geschlechtern in verschiedenen Räumen untergebracht werden müssen; so etwas läßt sich eben nicht einfach vorschreiben. Den Gipfel der Unbilligkeit erreicht der Entwurf in der Bevorzugung der Vaugenoffenschaften. Hoffentlich bleiben wir vor dem Geiz bewahrt.

Es läuft ein Antrag auf Ausschussberatung ein, den ein Teil der Versammlung mit lebhaften Ausrufen des Mißvergügens annimmt.

**Stadt. Dr. Nathan (Soz.-Fortschr.)** findet in dem Entwurf, so sehr er mit Recht befiehlt werde, doch einen Fortschritt, und der liege hauptsächlich in der Berücksichtigung der Vaugenoffenschaften. Nach dieser Richtung polemisiert Redner gegen den Stadt. Wallach, kann sich aber bei der zunehmenden Unruhe der Versammlung nur teilweise verständlich machen. Er fährt aus, daß die Thätigkeit der Vaugenoffenschaften die Hausbesitzer zwingen werde, mit den Mietspreisen fertig zu gehen. Herrn Wallach seien die Vorschriften des Entwurfs zu rigoros, ihm (Redner) nicht rigoros genug, und deshalb sei er gegen den Antrag.

**Stadt. Gaffel (A. L.)** legt gegen die Unterstellung Verwahrung ein, als sei der Antrag im Interesse der Hausbesitzer gestellt. Er habe die Wahrung der Selbstverwaltungsrechte zum Zweck und jeder Freund derselben müsse für ihn stimmen. Ueber Motive stimme man nicht ab. Nach der Erklärung des Oberbürgermeisters ziehe er namens der Antragsteller den Antrag zurück.

**Stadt. Rosenow (A. L.)** bedauert, daß sein Antrag auf Ausschussberatung jetzt gegenstandslos geworden sei; diese hätte sicher zur völligen Klärung und zur Information des Magistrats über die Meinung der Versammlung beigetragen.

Der Oberbürgermeister bezeichnet eine weitere Information über den Gegenstand für den Magistrat als unnötig.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Stadt. Haberland gegen die Ausführungen des Stadt. Heimann wird der Gegenstand verlassen.

Die gegen die Nichtigkeit der Gemeinde-Wählerliste erhobenen Einwendungen sind Gegenstand der Beratung des Wahlsprüfungsausschusses gewesen. Dieser beantragt, 10 von den 18 Einsprüchen für begründet zu erklären und die Reklamanten nachträglich in die Liste aufzunehmen; 8 Reklamationen sollen als unbegründet zurückgewiesen werden, darunter 2, weil der Reklamant Stundung der Strafenhauskosten genießt, 1, weil er Schaffstücken-Inhaber ist.

Ohne Debatte tritt die Versammlung den Vorschlägen des Ausschusses bei.

Gegen 1/9 Uhr wird die Weitererledigung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung mit Rücksicht auf die zahlreichen Personalfragen, die der Erledigung in geheimer Sitzung harren, abgebrochen; die Erörterung der Fragen des höheren Schulwesens und der Vermehrung der Gemeinde-Schulräume findet erst in der nächsten Sitzung statt.

## Gerichts-Zeitung.

Der Nordverlauf,

der sich am 27. Mai abends auf dem Grundstück des Gymnasiums zum Grauen Kloster in der Klosterstraße ereignet hat, beschäftigte

gestern das Schwurgericht des Landgerichts I. Die auf versuchten Mord lautende Anklage richtete sich gegen den Brauereiarbeiter Karl Otto Sperling, einen bisher unbefragten Mann. Er arbeitete früher in Leipzig und hatte dort ein Liebesverhältnis mit dem Dienstmädchen Emma Tümpel begonnen. Die beiden jungen Leute hatten die Absicht, sich in absehbarer Zeit zu heiraten und zu Ostern reisten sie nach Magdeburg, wo der junge Mann seinem Vater das Mädchen vorstellte. Beide fanden später in Berlin Beschäftigung; er als Arbeiter in einer Brauerei, sie als Dienstmädchen bei dem Schudienier Großmann im Berlinischen Gymnasium zum Grauen Kloster. Am zweiten Pfingstfeiertage kam es zwischen dem Angeklagten und dem Mädchen zu einem Miß. Beide waren zusammen ausgegangen und die Tümpel verließ den Angeklagten trotz dessen dringender Bitten, noch weiter bei ihm zu bleiben, gegen 10 Uhr und kehrte zu ihrer Dienstherrschaft zurück. Bald darauf klagte der Angeklagte bei Großmanns und wünschte das Mädchen zu sprechen, was ihm aber abgeschlagen wurde. Am nächsten Tage erhielt er von der Tümpel einen Brief, in welchem sie ihm heftige Vorwürfe darüber machte, daß er am Abend vorher gestiegen und ihr damit große Unannehmlichkeiten mit ihrer Herrschaft bereitet habe. Er ging dann an einem der nächsten Tage wieder nach der Klosterstraße und wollte mit der Tümpel sprechen, diese verlagte ihm dies aber und bedrohte ihn, daß er einen Brief von ihr erhalten werde. Dieser Brief ist auch bei ihm eingetroffen; er enthielt die Mitteilung, daß das Mädchen sich von seinem schlechten Charakter überzeugt habe, nichts von ihm wissen wolle und Berlin zu verlassen gedente, um von ihm loszukommen. Am 27. Mai nachmittags besuchte der Angeklagte mehrere Schanklokale und nahm nicht unerhebliche Quantitäten Bier und Schnaps zu sich. Abends erschien er wieder in der Klosterstraße auf dem Schulgrundstücke und verlangte die Tümpel zu sprechen. Auf die Frage nach seinem Begehre erklärte er, daß er seine Photographie zurück haben wolle. Als das Mädchen in die Küche ging, um das Bild zu holen, ging ihr der Angeklagte nach, und plötzlich krachte ein Schuß, der das Mädchen am rechten Handgelenk streifte. Die Angel ging in die Wand. Die Tümpel ergriff die Flucht, der Angeklagte verfolgte sie durch den Garten und schloß noch einmal auf sie, ohne sie zu treffen. Das Mädchen war bei dieser Jagd zur Erde gestürzt, der Angeklagte verfolgte sie dann nicht weiter, sondern gab einen dritten Schuß gegen seine eigene Stirn ab und sank blutüberströmt zu Boden. Die Verletzung des Mädchens war eine leichte, Sperling aber schien schwer verletzt und mußte in die Charité übergeführt werden, wo er vier Wochen zubringen mußte. Als er von dort entlassen wurde, blieb er einige Zeit auf freiem Fuß, bis er in Haft genommen wurde. Und nun geschah das Unglaubliche: das Mädchen, dem der Angeklagte nach dem Leben getrachtet, erhält von diesem einen Brief, kommt dessen Aufforderung, ihn in seiner Wohnung in der Belfortstraße zu besuchen, sofort nach und mußte gestern vor Gericht zugeben, daß sie diese Besuche wiederholt und dabei aufs intimste mit dem Angeklagten verkehrt habe. Wie die Zeugin weiter befandete, hat Sperling ihr bei diesen Gelegenheiten zugegeben, daß er sie habe todsichern wollen und nur bedauere, daß er nicht besser getroffen habe. Das Mädchen hat an den Angeklagten auch nach dem Untersuchungsgefängnis einen Brief gerichtet und ihm darin mitgeteilt, ihre Eltern würden sicherlich niemals zugeben, daß sie sich mit ihm verheiratet. Sie hat darauf eine Antwort von ihm erhalten, die, wie sie befandete, von gemeinen und frechen Redensarten strotzte. Auch im gestrigen Termine verhielt sich der Angeklagte außerordentlich dreist und unpassend, er begleitete die Auslagen des Mädchens mit höhnischem Grinsen und mußte vom Vorsitzenden ernstlich zurecht gewiesen werden. Gestern wollte er glauben machen, daß er den Revolver nicht ad hoc gekauft, sondern schon lange besessen und immer bei sich getragen habe. Er behauptete auch, daß er bei der That sinnlos betrunken und unzurechnungsfähig gewesen sei — was von den Augenzeugen bestritten wurde. Der Vorsitzende hielt ihm als Zeichen eines bösen Gewissens die Thatfache vor, daß er im Untersuchungsgefängnis einen Selbstmordversuch gemacht hat; er hätte sich an einem Kofettischen aufgehängt und ist von einem Nachaufseher abgesehen worden. — Staatsanwalt Steinbrecht plädierte auf Schuldig im Sinne der Anklage, während Rechtsanwalt Walland den Angeklagten nur der schweren Körperverletzung schuldig gesprochen sehen wollte, dabei aber den Standpunkt vertrat, daß Sperling bei der That infolge von Trunkenheit nicht recht wußte, was er that und deshalb Anspruch auf mildernde Umstände habe. — Die Geschworenen sprachen den Angeklagten des versuchten Totschlages unter Jubilation mildernder Umstände schuldig. Der Gerichtshof verurteilte ihn zu 2 Jahren Gefängnis, wovon 2 Monate auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden.

## Verfammlungen.

In der Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für den dritten Wahlkreis am 27. September teilte vor Eintritt in die Tagesordnung der Vorsitzende mit, daß der Genosse Ernst Haase verstorben ist; die Anwesenden ehrten sein Andenken durch Erheben von den Sigen. Dierauf folgte ein Vortrag des Herrn Magnus Schwantje über das Thema: Die wissenschaftliche Tier- und Menschenfütter (Abstraktion) und ihre Gefahren für die Arbeiterklasse. Redner wies in seinen Ausführungen auch darauf hin, daß zahlreiche Fälle von oft eitelhaften Verbrechen auch an Menschen festgestellt sind, und da es sich in diesen Fällen ausschließlich um Angehörige der ärmeren Klassen gehandelt hat, haben die Arbeiter das größte Interesse daran, an der Befestigung dieser Mißstände mitzuarbeiten. Aus der Zahl der von dem Referenten aufgeführten Menschenversuche erwähnen wir nur den Fall, wo 14 Fimbelkinder mit Mitternachts infiziert wurden, „unter gütiger Erlaubnis des Professors Weddin“, wie es in dem wissenschaftlichen Fachblatt heißt. Frühere Versuche waren an Säugern gemacht worden; doch weil die Säuger zu teuer, wurden die hilflosen Fimbelkinder „mit gütiger Erlaubnis“ genommen. Die kosteten ja nichts! — Die Versammlung hand völlig in dem Sinne der Ausführungen, so daß es in der Diskussion den Redner Keppen, Dr. Paul Manasse, Heimann nicht gelang, den Eindruck derselben abzuwachen. Als dem Referenten das Schlusswort erteilt wurde, verließ übrigens der Hauptredner Dr. Paul Manasse die Versammlung.

**Berliner Gewerkschaftskommission.** In der am Mittwoch abgehaltenen Delegiertenversammlung machte Körten einige Mitteilungen über die bevorstehende Gewerbegerichtswahl. Es ist ein Flugblatt herausgegeben, worin die Einteilung der 16 Bezirke, in denen gewählt wird, aufgeführt ist. In der Hand dieser Aufstellung sollen die Vertrauensleute der Gewerkschaften feststellen, welche von ihren Mitgliedern zu wählen haben, um dann für die Beschaffung und Ausfüllung der erforderlichen Wahllegitimationen zu sorgen und die Abstempelung derselben durch den Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter zu veranlassen. Alles Weitere ist in dem Flugblatt angegeben, für dessen Verbreitung die Vertreter der Gewerkschaften in geeigneter Weise zu sorgen haben. Ferner ist es nötig, daß die Wahlberechtigten auf den Wahltag noch besonders aufmerksam gemacht werden, und daß für die Wahl eine rege Agitation entfaltet wird.

Hierauf berichtete Wiesenhal namens des Ausschusses über die Lohnbewegung der Schlächter. Er empfahl nachstehende Resolution:

Die Versammlung der Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission nimmt den Verzicht von der Lohnbewegung im Fleischergewerbe zur Kenntnis. — Angesichts der traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schlächterberuf hält die Versammlung ein Vorgehen für durchaus berechtigt und verpflichten sich die Anwesenden, in ihren Gewerkschaften dahin zu wirken, daß den Schlächtern voll und ganz die moralische Unterstützung der Berliner Arbeiterklasse zu teil wird.

Kehlinke führte hierzu aus: Seit Jahren klagen die Schlächtergefallen darüber, daß die Sonntagsruhe nicht innegehalten wird, daß die gewerksmäßige Stellenvermittlung eine unermessliche Ausbeutung der Arbeiterkassen darstellt und diese Mißstände trotz aller Vorstellungen bisher nicht beseitigt werden konnten. Die

Berliner Schlächtergefallen wollen nunmehr ernstlich vorgehen, um ihre Lage zu verbessern. Die Forderungen sind äußerst bescheiden. Die Schlächter wollen sich mit dem zwölfstündigen Arbeitstag begnügen und notwendige Lieberstunden mit 50 Pf. bezahlt haben. Die Vorstellungen bei der Innung hatten keinen Erfolg. Die Forderungen wurden den einzelnen Meistern unterbreitet, einige haben auch bereits bewilligt. Dann verhandelte aber die Innung Cirulare an die Meister, worin sie gegen die Forderungen der Gesellen Stellung nahm, und seitdem liefern keine Bewilligungen mehr ein. Vorläufig sollen nur die Meister, welche bewilligt haben, dem Publikum bekannt gegeben und besonders die Arbeiterfrauen ersucht werden, nur bei diesen Schlächtermeistern zu kaufen, um so die Bewegung moralisch zu unterstützen.

Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen.

W r ä n e r berichtete über die Lohnbewegungen im Buchbinder-gewerbe. Er sagte unter anderem, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Leder- und Papiergalanterie ihre Forderungen in Gemeinschaft mit dem Fortschrittsverband durchgesetzt und ohne Streik Lohnauf-besserungen erlangt haben. Anders ist es in der Lugschpapierbranche. Hier sehen die Arbeitgeber den Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen hartnäckigen Widerstand entgegen. Arbeiterinnen würden mit Wochenlöhnen von 5, 6, 7 bis 10 M. eingestellt, und die Arbeiter dieser Branche ränden mit Wochenlöhnen von 20 bis 22 M. erheblich hinter den Löhnen ihrer Kollegen in der Buchbinderei zurück. Auf die eingereichten Forderungen hätten nur einzelne Fabrikanten geantwortet, zu Verhandlungen mit dem Verbands vor dem Gewerbe-gericht seien die Fabrikanten nicht zu haben, und bei den Verhandlungen mit den Arbeitern einzelner Betriebe sei auch nichts heraus-gekommen. Den Arbeitern wolle man eine „Gehaltsverhöhung“ von 50 Pf. bewilligen, die Forderungen der Arbeiterinnen, die eine Auf-besserung vor allem bedürfen, würden rundweg abgelehnt. Der Ring der Fabrikanten habe jetzt in verschiedenen Fabriken Streifarbeit an-geboten, die natürlich verweigert werde, und so könne der Streik eine größere Ausdehnung annehmen.

Die Versammlung nahm den Verzicht zur Kenntnis. Damit war die Tagesordnung erledigt.

Eine öffentliche Tischlerversammlung, einberufen durch den Verein der Tischler, tagte am Dienstag im Andreasstraße. Die Versammlung war in der Mehrheit von Mitgliedern des Holzarbeiter-Verbandes besucht, da nach der Tagesordnung anzunehmen war, daß die Forderungen des Verbandes kritisiert werden sollte. Nachdem man eine volle Stunde über die Zusammenlegung des Bureau debattiert hatte, kam endlich ein Bureau zu stande, für das der Holzarbeiter-Verband den ersten, der Verein den zweiten Vorsitzenden stellte. Nach einer Bemerkung des Einberufers Winkler folgte in der Versammlung „der Vorhang gelüftet“ und „die Coulissen beseitigt“ werden. hinter denen der Holzarbeiter-Verband mit den Meistern verhandelt habe. Der Referent Gürtler vom Vorstande des Tischlervereins, ebenso die anderen Redner dieser Organisation brachten jedoch nichts vor, was nach „Coulissenbeseitigung“ ansah. In der Hauptfrage kritisierten sie die kürzlich bekannt gegebenen Verhandlungen des Holzarbeiter-Verbandes mit den Arbeitgebern der Möbelbranche und verlangten, daß derartige Bewegungen in öffentlichen Tischlerversammlungen beraten würden. Den Standpunkt des Holzarbeiter-Verbandes vertrat ein Glode, Stusche und andre. Gürtler hatte das Schlusswort. Dann wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung der Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbandes einverstanden und lehnt es ab, sich von dem Jaagerverein irgend welche Vorschriften machen zu lassen.“

## Eingegangene Druckschriften.

Gifela von Streiberger. Das Recht zur Befestigung fehlenden Lebens. Preis 50 Pf. Dresden-Verlag 1904. Wilhelm Müller.  
Dr. H. von der Vöhrig. Grundzüge der Socialpolitik. Preis 16,50 M. in Halbfanz geb. 18,50 M. Leipzig 1904. Verlag G. L. Hirschfeld.  
Hubert Hugo Wolfstein. Theorie und Praxis. Köln a. Rh. 1904. Selbstverlag des Verfassers.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Zur Landtagswahl in Oera (Neuf).

Ueber den Ausfall der gestern stattgefundenen Wahl meldet uns eine Privatdepesche: Von den Kandidaten der Socialdemokratie wurden gewählt: Böttger, Vetterlein und Leven. Die Genossen Kahnt und Werner kommen in Stichwahl.

Aufgestellt waren von der Partei: Lässig (1. Wahlkreis), Böttger (2. Wahlkreis), Vetterlein (3. Wahlkreis), Leven (4. Wahlkreis), Kahnt (5. Wahlkreis) und Werner (6. Wahlkreis).

### Verhaftung.

Kiel, 29. September. (W. T. B.) Der Vorsteher des Geheimbureaus der Germania-Werft, Barkmeyer, ist auf Veranlassung der Direktion der Germania-Werft wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung verhaftet worden. Die im Umlauf befindlichen Gerüchte von Verhaftung militärischer Geheimnisse und Auslieferung von Konstruktionszeichnungen von Kriegsschiffen an eine fremde Macht seitens des Verhafteten sind nach Mitteilung der Direktion der Germania-Werft völlig erfunden.

### Eisenbahnamtliches.

Heidelberg, 29. September. (W. T. B.) Auf Antrag der süddeutschen Staatsregierungen fanden heute zwischen diesen und dem preussischen Minister der öffentlichen Arbeiten Verhandlungen über einen engeren Zusammenschluß der süddeutschen Staatsbahnen und der preussisch-bessischen Gemeinschaft in der Richtung einer Betriebsmittelgemeinschaft statt.

### Verurteilter Bankier.

Wärzburg, 29. September. Der Bankier Voraberger jun. in Firma F. Venter u. Vornberger, der wegen Depotverfälschung verurteilt war, nachdem er am 2. März d. J. Konturs angemeldet hatte, ist heute vom unterkremsischen Schwurgericht wegen Vergehens gegen das Depotgesetz und wegen einfachen Bankrottvergehens unter Aufschluß mildernder Umstände zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis verurteilt worden, wovon drei Monate Untersuchungshaft angerechnet werden.

Wiesbaden, 29. September. (W. T. B.) In der vergangenen Nacht sprach das Schwurgericht das Urteil in der Strafsache gegen die 36jährige Naturheilkundin Gertrud Schmidt von hier, Tochter eines Majors, und Genossen wegen Kindesmord und Verbrechen gegen das leibende Leben. Die Schmidt wurde von der Anklage des Kindesmordes freigesprochen und wegen des andern Verbrechens zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die drei andern Angeklagten erhielten 6 bzw. bis 9 Monate Gefängnis.

### Der Papst gegen die kirchliche Demokratie.

Rom, 29. September. Wie aus vatikanischen Kreisen verlautet, wird der Papst demnächst eine Schrift veröffentlichen, in der er der kirchlichen Demokratie untersagt, eine unabhängige Organisation zu bilden, da eine solche der Kirche nur schaden würde.

Schon wieder eine Polizei-Aktade gegen Streikende in Italien.

Rom, 29. September. (W. T. B.) Aus Sicilien kommen Nachrichten über Unruhen anlässlich von Streiks. In Sicili kam es zwischen der Polizei und Streikenden zu ersten Zusammenstößen, bei denen fünf Polizisten und eine große Anzahl Streikender schwer verletzt wurden.

### Japanische Truppenaushebungen.

London, 29. September. Das Nentersche Bureau\* meldet aus Tokio, in Regierungskreisen werde erklärt, daß die neuen Aushebungsbestimmungen es ermöglichen, die Anzahl der in der Front stehenden Truppen um ungefähr 200 000 Mann zu erhöhen.

Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich.

Zweiter Verhandlungstag. Nachmittags-Sitzung.

Salzburg, den 27. September 1904.

Die Debatte über die Organisationsfragen wird eröffnet. Schäfer-Reichenberg warnt vor der Festsetzung eines Minimalparteibeitrages von 10 Hellern monatlich.

Partei-Kassenau: Nach der Auslegung, die Elaret dem Grazer Beschlusse gegeben, ist es unmöglich, ihn aufrecht zu erhalten. Die Parteileitung bestimmt danach über die Aufstellung der Reichratskandidaten allein unter Umständen über den Kopf der Mehrheit der Vertrauensleute hinweg.

Wilmann-Wien wünscht, daß auch den Vertretern der Presse und der Korporationen (Gewerkschaftsorganisationen) das Stimmrecht auf dem Parteitage eingeräumt wird.

Behr-Krumau beantragt, die Parteileitung zu beauftragen, dem nächsten Parteitage ein revidiertes Organisationsstatut vorzulegen.

Schloßnidel-Sternberg behauptet, daß mit dem Wachstum der gewerkschaftlichen Bewegung die Lust der Genossen, Beiträge für die politische Organisation zu zahlen, schwindet. Redner macht auf die Schwierigkeit der Aufstellung von Kandidaten in gemischtsprachigen Bezirken aufmerksam.

Elaret bittet, sich nicht über die Frage der Kandidatenaufstellung zu erschöpfen. Vor jeder Reichratswahl hat bisher jedesmal eine Reichskonferenz stattgefunden, bei der neben der Parteileitung sämtliche Vertrauensleute der Wahlkreise anwesend waren.

Seliger-Tepflich beantragt, daß die Parteiverbreitung in alle diejenigen Wahlkreise, in denen die Erhebung von Parteimitgliedern bisher unterblieben ist, Instrukteure entsendet, die die Vertrauensleute mit allen Einzelheiten der praktischen Arbeit vertraut zu machen haben.

Schäfer-Reichenberg steht in der Frage der Aufstellung von Reichratskandidaten ganz auf Seiten der Parteileitung und verweist auf den Fall Göhre, der in Oesterreich nicht vorkommen dürfte.

Schrattenecker-Dornbirn beantragt, daß die Sekretärstelle in Voralberg möglichst bald wieder besetzt wird. Ein unabhängiger Mann müsse hin. Jetzt stehe er, ein kaiserlich-königlicher Eisenbahnkondukteur an der Spitze der Organisation; er müsse aber behändigt befristet, gemahregelt zu werden.

Frau Popp-Wien: Bisher hat die Parteileitung bei der Aufstellung von Kandidaten leider einen sehr geringen Einfluß gehabt. Alle Genossen sollten endlich die Kandidatenfrage als Frage der Gesamtpartei ansehen, damit wirklich fähige Parlamentarier aufgestellt werden.

Winarshy-Wien beantragt, die Vertretung auf dem Parteitage wie folgt zu regeln: Die organisierten Parteigenossen jedes Ortes resp. Bezirks und jedes Wahlkreises der V. Kurie haben das Recht, je einen Delegierten auf den Parteitag zu entsenden.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Winarshy-Wien: Die Opferbereitschaft der Genossen ist nicht geringer geworden. Zu bekämpfen ist nur die alte Abneigung der Genossen, eine bestimmte, regelmäßige Abgabe zu leisten. Da hat sich nun das neu eingeführte Wiener Steuersystem: die Erhebung der Parteibeiträge im Abdomenentsgelde für die „Vollstrebigen“ glänzend bewährt.

Der Antrag Behr (Vorlage eines revidierten Parteistatutes durch die Parteileitung) wird der Parteileitung überwiesen, ebenso der Antrag auf Entsendung von Instrukteuren. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt und die Sitzung wird geschlossen.

Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz.

In der Sitzung am Mittwoch wurde zunächst über das Budget des internationalen Arbeitsamtes verhandelt. Die Verhandlung ist insofern interessant, als sie ergab, daß das Amt mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Es handelt sich im ganzen um lächerlich geringfügige Summen, trotzdem konnten sie bisher nicht vollständig aufgebracht werden.

Wir lassen hier den Bericht folgen: Professor Dr. Franke (Berlin) beauftragte einen längeren Antrag: dem Bureau der Internationalen Vereinigung für die Jahre 1902 und 1903 Entlastung zu erteilen.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

Der Redner teilte mit: Die Erhaltung des Internationalen Arbeitsamtes koste jährlich 40 000 Frank; es kommen hinzu die Kosten für Herstellung der Bulletins.

bogen dem Bureau zur Verfügung zu stellen. Die Generalversammlung wolle der internationalen diplomatischen Konferenz nicht vorgehen, ihr aber Material unterbreiten. Dies könne in sehr geeigneter Weise durch gewissenhafte Ausfüllung der Fragebogen geschehen.

Professor Dr. Jay (Paris): Es sei ihm eine Petition von Handelsangestellten in Paris zugegangen, die Behandlung dieser Frage auch die Beschäftigung von Jugendlichen im Handelsgewerbe mit einzubeziehen.

Der Vorsitzende bemerkte: Das Bureau werde diese Petition berücksichtigen. Auf Antrag des Dr. Feigenwinter (Wafel) wurden die Worte: „an die Spitze“ gestrichen und danach der Antrag der Kommission III einstimmig angenommen.

Professor Dr. Pic (Paris) beauftragte alsdann namens der Kommission IV folgenden Antrag: I. Die einzelnen Landes-Sektionen werden durch das internationale Bureau für gesetzlichen Arbeiterschutz ersucht, eine Untersuchung anzustellen unter Bedingungen, welche sie selbst zu bestimmen haben und einem Programme gemäß, dessen Detail ihrer freien Zustimmung überlassen bleibt, über:

1. Welchen Einfluß hat die Arbeiterschutz-Gesetzgebung auf die Entwicklung der Heimarbeit gehabt, insbesondere die Frauen und jugendlichen Arbeiter betreffend.

2. Welches sind die hauptsächlichsten Mängel, die sich teils aus dem gänzlichen Fehlen oder der unzureichenden Reglementation dieser Arbeitsart ergeben, sowohl was die Arbeitsdauer dieser Kategorie von Arbeitern anbelangt als auch hinsichtlich der Gesundheits- und Sicherheitsverhältnisse der Arbeiterstätten.

II. Die Sektionen sollen so viel als möglich die monographische Methode anwenden, d. h. ihre Untersuchung nicht auf die Gesamtheit der Industrien des betreffenden Landes erstrecken, sondern auf gewisse abstrichlich herausgegriffene Industriezweige.

III. Das Gebiet der Untersuchungen umfaßt: 1. Die Heimarbeit im eigentlichen Sinne, das heißt heisige Arbeit, welche zu Haus von dem Arbeiter mit oder ohne Beistand eines oder mehrerer Gehilfen auf Rechnung des Unternehmers ausgeführt wird.

2. Die in Werkstätten hergestellte Arbeit, welche ganz oder teilweise von einer gesetzlichen Reglementation befreit sind; sei es, daß es sich um Familienwerkstätten handelt, sei es auf Grund der geringen Anzahl von regelmäßig beschäftigten Arbeitern, sei es wegen der Natur des Industriezweiges oder eines andern Grundes wegen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Die Behandlung der Ausländer in der Gesetzgebung der verschiedenen Länder.

In der Nachmittags-sitzung beschäftigte sich die Generalversammlung mit folgendem Antrage der fünften Kommission: „Die V. Kommission, beauftragt, die Frage der Behandlung der Ausländer in der Gesetzgebung der verschiedenen Länder zu studieren, schlägt folgende Resolution vor:

1. Die Rechte, welche dem Arbeiter und seinen Hinterbliebenen in den Versicherungs- und Haftpflichtgesetzen gewährt sind, werden betrachtet als Ansprüche, die sich aus dem Arbeitsvertrag herleiten. Es ist deshalb hinsichtlich derselben das Gesetz des Ortes maßgebend, wo der Betrieb liegt, in welchem er beschäftigt wird — ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, den Wohnort oder Aufenthalt der Beteiligten.

2. Die Sektionen der einzelnen Länder sollen bis zur nächsten Generalversammlung dem Bureau der Vereinigung einen Bericht einreichen über die Mittel und Wege, wie dieser Grundsatz sowohl in der inneren Gesetzgebung jedes Landes, als auch im internationalen Betrage zur Ausführung gelangt und zwar sowohl mit Beziehung auf die Haftpflicht, wie auch mit Beziehung auf die Organisation der Versicherung.

Die Vertreter der deutschen Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Caspar (Berlin), beantragte dazu eine Abänderung, die zu einer langen Debatte und zu einem Zusammenstoß zwischen Dr. Feigenwinter (Wafel) und Dr. Caspar führte.

Dr. Feigenwinter sagte, die größten Härten in der Behandlung der Ausländer bei der Versicherung beständen in Deutschland, wo Dr. Caspar in längerer Ausführung zurückwies. Schließlich wurde der erste Satz des Kommissionsantrages nach dem gemeinsamen Antrage des Ministerialdirektors Caspar und Wilerands in folgender Fassung angenommen: Für die Rechte, welche dem Arbeiter und seinen Hinterbliebenen in den Versicherungs- und Haftpflichtgesetzen gewährt sind, soll keine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit, Wohnort oder Aufenthalt der Beteiligten stattfinden.

Der Abfah 2 des Kommissionsantrages wurde unverändert angenommen. Professor Dr. Th. Sommerfeld (Berlin) beauftragte danach folgenden Antrag der zweiten Kommission:

I. Bleifrage. 1. Die Bleifrage muß für jede Bleierzweigende und Bleibewerkende größere Industriezweige wie für Blei- und Zinkhütten, Bleiarbeiterfabriken, die keramische Industrie, das Maler- und Anstrichergewerbe, Fabriken elektrischer Akkumulatoren, die polygraphischen Gewerbe, die Kohleleger, Heilmann, Bleistiftfabriken, Härter usw. durch neue Erhebungen, so weit sie nicht schon vorgenommen worden sind, getrennt studiert werden, damit die für jede einzelne Industriezweige notwendigen Beschäftigungsbedingungen oder Verwendungsverbote erlassen werden können.

Die Kommission wird beauftragt, nach diesem Prinzip der Trennung die einzelnen Industriezweigen in den Kreis ihrer Untersuchungen zu ziehen und gegebenenfalls einschlägige Verhältnisse vorzuschlagen zu machen. Das Resultat ihrer Arbeiten ist nach Maßgabe ihrer Vollendung dem Bureau einzureichen.

2. Was die Verwendung des Bleies im Maler- und Anstrichergewerbe betrifft, hält die Internationale Vereinigung grundsätzlich an ihrem Vorschlag fest, das absolute Verbot der Verwendung dieses Produktes überall durchzuführen, wo es durch andre Stoffe ersetzt werden kann. Sofern das Verwendungsverbot nicht durchzuführen werden könnte, sind schleunigst weitgehende Verbotsvorschriften zu erlassen.

3. Die Vereinigung beschließt, daß das Bureau an die Sektionen so bald als möglich den Bericht des Herrn de Boos über die Möglichkeit des Verbots der Bleisäuren in der keramischen Industrie teile.

II. Andre gewerbliche Gifte. A. Das Bureau wird beauftragt, auf geeignetem Wege zur systematischen Vorkämpfung aller gewerblichen Vergiftungen, wie z. B. durch Blei, Quecksilber, Arsen, Chrom, Antim, Natrium usw. folgende Grundbedingungen zur Durchführung zu bringen:

1. Angehörigkeit für gewerbliche Vergiftungen für die Werkzeile und Krankenanstalten an die zuständigen sanitären Aufsichtsbehörden. Den Ärzten ist für diese Arbeitsleistung ein entsprechendes Entgelt zu bieten.

2. In Ländern, in welchen die gesetzliche Pflicht zur Krankenversicherung besteht, sind die Vergifte der Betriebe, welche gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, in eine von den Betriebsinhabern unabhängige Stellung zu bringen.

3. Die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte ist der Angehörigkeit durch die Betriebsinhaber unterworfen.

4. Den Krankenkassenleitungen ist nahe zu legen, daß dem Gesundheitsverhältnissen ihrer in Giftbetrieben tätigen Mitglieder im eignen Interesse besondere Aufmerksamkeit zu widmen ist und daß sie über diese gefährdeten Betriebe spezielle Morbiditätsstatistiken an-

Die Gewerkschaften zur Bekämpfung der Vergiftungsursachen vorzulegen.

5. Das Studium und die Kenntnisse gewerblicher Vergiftungen sind beim Unterricht der medizinischen Wissenschaft besonders zu fördern und die jungen Ärzte auf die wichtige prophylaktische Tätigkeit, die für den systematischen Gesundheitschutz aller gewerblichen Arbeiter notwendig ist, in besonderer Kollegien aufmerksam zu machen.

6. Zur fachmännischen Beaufsichtigung der Betriebe, welche gewerbliche Gifte erzeugen oder verwenden, sind neben den unabhängigen Sachverständigen speziell gewerbdienstlich geschulte Ärzte zu betrauen.

7. Die Arbeitszeiten der Giftarbeiter sollen nach der Schwere der Vergiftungsgefahr geregelt werden.

B. Das Bureau wird beauftragt, eine Expertenkommission zu ernennen mit dem Auftrage, eine Liste derjenigen chemischen Substanzen aufzustellen, die den Charakter von Industriegiften tragen und diese Liste in der Reihenfolge ihrer Gefährlichkeit anzuführen. Das Bureau wird diese Liste in der geeigneten Weise zur allgemeinen Kenntnis bringen.

Nach längerer Besprechung wurde der Antrag der Kommission mit großer Mehrheit unbeschadet angenommen.

**Gesetzliche Beschränkung der Maximalarbeitszeit.**  
Professor Dr. J. J. (Paris) befuhrwortete hierauf folgenden Antrag: „Die Internationale Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterschutz ersucht die Sektionen, die Frage der gesetzlichen Beschränkung der Maximalarbeitszeit der in Handel und Industrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten zu untersuchen und auf der nächsten Generalversammlung einen Bericht über den Stand der Angelegenheit in den verschiedenen Ländern zu erstatten.“

Professor Dr. J. J. bemerkte: Die Frage der Arbeitszeitverkürzung stehe augenblicklich in vorderster Linie. Es sei nicht nur notwendig, die Arbeitszeit der Frauen und der Jugendlichen, sondern auch die der erwachsenen Männlichen im Industrie- und Handelsgewerbe zu verkürzen. Der Antrag wurde schließlich mit 20 gegen 14 Stimmen angenommen.

Danach schloß die Generalversammlung.

## Partei-Nachrichten.

Mit der Berichterstattung über den Parteitag beschäftigten sich die Stettiner Genossen in der Versammlung ihres Wahlvereins. Der Delegierte Horn, der den Bericht gab, beschäftigte sich ebenfalls mit der Behandlung des Antrages des pommerischen Provinzialparlamentes über die Abtötung beim Gesetz betreffend die Kaufmannsgerichte. Er stellte vielen Delegierten zum Parteitag ein recht schlechtes Zeugnis aus durch die Behauptung, es seien viele Delegierte sachlich mit dem Antrage einverstanden gewesen, aber sie hätten sich nicht herausgetraut, nachdem Ledebour und Rebel gegen den Antrag gesprochen hatten. Er beschwerte sich auch über die Art, in der Ledebour gegen den Antrag gesprochen habe. Dies that auch Herberich, der überdies erklärte, der Antrag verlange keineswegs von der Fraktion, für jedes sozialpolitische Gesetz zu stimmen. Aber für das Gesetz über die Kaufmannsgerichte hätte man stimmen sollen; das habe auch der Vorsitzende des Centralverbandes der Handlungsgehilfen gewünscht.

Die weitere Debatte bewegte sich in demselben Gedanken; nur Storch vertret eine andre Meinung. Gegen dessen Stimme wurde schließlich folgende Resolution verlesen und angenommen:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins Stettin erklärt sich mit den Ergebnissen des Parteitages und der Abstimmung des Stettiner Delegierten, Genossen Horn, einverstanden, protestiert aber entschieden gegen die hochfahrende Art des Genossen Ledebour, der die Parteigenossen Pommerns als rückständig und minderwertig hinzustellen beliebt hat. Die Versammlung erblickt in dem Beschluß des pommerischen Provinzial-Parteitages kein Mißtrauensvotum gegen die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, sondern nur eine sachlich behandelte Meinung, die zu äußern das Recht und die Pflicht jedes Genossen ist.“

**Nichtigstellung.** Im Anschluß an die Erklärung des Genossen Kaxski in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ möchte ich nur bemerken, daß ich in Bremen nicht gesagt habe „Vertreter in einer kleinen Sektion“, sondern „Vertreter in einer kleinen Sektion“. Ich habe den Irrtum des Berichterstatters, der mich das erstere Wort gebrauchen ließ, schon gestern früh für die Protokollausgabe lorryrt, denn es konnte mit natürlich nicht bekommen, von einer Vertreterin zu sprechen, wo es sich um eine mehrköpfige Delegation handelte.

Berlin, den 28. September 1904. E. D. Bernstein.

Für die Ansichten untrer amerikanischen Genossen bei der bevorstehenden Präsidentswahl sind die Befürchtungen der Gegner ein trefflicher Gradmesser, die sich in den üblichen Verzerrungen der Kandidaten äußern. Man verbreitet nämlich über den Genossen Van Hanford, den Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten, die Behauptung, er sei früher einmal als Streikbrecher aufgetreten und aus seiner Gewerkschaft ausgeschlossen worden. Diese Behauptung läßt erkennen, daß man das Eintreten der Gewerkschaften für die sozialistischen Kandidaten fürchtet; man will sie deshalb bei den Gewerkschaften diskreditieren.

Die Parteilitung untrer amerikanischen Genossen stellt fest und belegt es mit Beweisen, daß an dieser Behauptung über Van Hanford kein wahres Wort ist.

## Gewerkschaftliches.

**Abermals ein aufgedeckter Terrorismus-Schwindel.**

Der „Arbeitswillige“ als Messerheld.

Aus Halle berichtet man uns unterm 28. September: Auf Geschworene soll es einen guten Eindruck machen, wenn man sich als „leidender Arbeitswilliger“ vorstellt. Dies schien auch der Maurer Friedrich Tanz von Merseburg zu glauben, der heute wegen Körperverletzung mit Todeserfolg angeklagt war. Mitte April verbreitete die bürgerliche Presse in der Absicht, den Maurerstreik in Merseburg in Mißkredit zu bringen, die Schauermär, der Maurer Tanz, der aus einer Versammlung der Streitenden gekommen sei, habe in der Nacht zum 17. April nach stattgehabtem Wortwechsel den Arbeiter Kleinmüller auf dem Marktplatz erschossen. Von der Behauptung stellte sich durch die heutige Schwurgerichts-Sitzung allerdings als wahr heraus, daß Tanz den K. erschlag; im übrigen wurde aber das Lügenmärchen der bürgerlichen Presse gründlich zerstört. Tanz hatte nämlich nicht nur nichts mit der Organisation der Maurer zu thun, sondern er war ein braver, schon sehr oft wegen Gewaltthaten verurteilter vorbestrafter Arbeitswilliger. Er renommierete damit, zur Zeit des Streiks in Amendorf gearbeitet zu haben und will von dem Erstochenen durch die Worte: „Wessensfrihe und Streikbrecher“ gereizt worden sein. In jener Nacht sei er nicht von der Versammlung, sondern vom K. in einem Nebenraum gekommen, Tanz kam unter Jubel und mildernden Umständen mit einem Jahr sechs Monaten Gefängnis davon.

Berlin und Umgegend.

**Die Lohnbewegung in der Goldmetallindustrie.**

Am Donnerstag hielten die Streitenden und Ausgesperrten wieder eine imposante Versammlung im Gewerkschaftshaus ab. Der große Saal saßte kaum die Menge der erschienenen Arbeiter und Arbeiterinnen, die an dem großen Kampf beteiligt sind, den der Metallarbeiter-Verband den Rühnemännern angeboten hat. — Cohen, der den Situationsbericht erstattete, führte unter anderem aus: Die Zahl der Ausgesperrten ist bei weitem nicht so groß als sie sein müßte, wenn die Fabrikanten ihrem Beschluß, 50 Proz. der Arbeiter auszusperrten, nachgekommen wären. Bis Dienstagabend

wären nicht 25 Proz. aller in den Fabriken der organisierten Fabrikanten beschäftigten Arbeiter ausgesperrt. Einzelne Firmen haben allerdings den Aussperrungsbeschluß streng durchgeführt, andere dagegen haben versucht, den Beschluß zu umgehen, und unter diesen befinden sich sogar die in der Vereinigung tonangebenden Fabrikanten. So sind bei Erich u. Gräß nicht 50 Proz., bei Frister höchstens 25 Proz. bis Dienstagabend ausgesperrt gewesen. Die Firma W. u. Stein hat noch am Tage der Aussperrung eine größere Zahl von Arbeitern eingestellt, für die sie gar keine Verwendung hatte, die dann am andern Tage wieder entlassen wurden. So mag die Anzahl der Ausgesperrten wohl erreicht worden sein, ohne daß der Betrieb auf die Hälfte reduziert worden ist. In 22 Betrieben, welche ausgesperrt haben, hat die Streikleitung noch außer den Ausgesperrten so viele Arbeiter zur Arbeitsniederlegung veranlaßt, daß diese Betriebe völlig lahm gelegt worden sind. Am gestrigen Donnerstag sollen nach dem Beschluß der Fabrikanten weitere 20 Proz. ausgesperrt werden. Es ist nun abzuwarten, wie weit dieser Beschluß ausgeführt wird, und davon wird es abhängen, wie viele Arbeiter die Streikleitung noch weiter zur Arbeitsniederlegung veranlassen wird.

Einige Fabrikanten haben bei den Arbeitern angefragt, ob der Metallarbeiter-Verband zu einer Vereinbarung, wie sie mit den Kometern abgeschlossen wurde, bereit sei. — Gewiß ist der Verband zu Verhandlungen bereit, jedoch nur auf Grundlage der gestellten Forderungen.

Eine Änderung der Situation ist nicht eingetreten. Seit Montag haben noch zwei weitere Firmen bewilligt, es sind zwar nur kleinere Betriebe, aber solche, die sich im vorigen Jahre bis zum letzten Augenblick geirrt haben, die Forderungen anzuerkennen. Die allgemeine Lage ist für die Arbeiter derart, daß niemand daran denkt, den Kampf aufzugeben. Die Bewegung ist auch jetzt noch in der Entwicklung begriffen. Wenn der Beschluß der Fabrikanten, jetzt noch 20 Proz. auszusperrten, verwirklicht wird, dann muß sich die Zahl der Ausgesperrten um 1000 bis 1500 vermehren. Entsprechend der bisherigen Taktik wird dann die Streikleitung noch eine Anzahl Arbeiter aus den Betrieben herausziehen, so daß die Zahl der in der Bewegung stehenden Arbeiter um etwa 2000 wachsen dürfte. Es ist möglich, daß, wenn die Streikleitung noch am Freitag und Sonnabend mit weiteren Arbeitseinstellungen auf die Aussperrung antwortet, die Fabrikanten dann auch die ihnen verbliebenen Arbeiter auf die Straße setzen werden. Dann ist die Situation wieder dieselbe wie im vorigen Jahre. Kein Arbeiter wird in den Betrieb zurückkehren, ehe die Streikleitung die Verhältnisse als geregelt erklärt. Wenn so durch die Schuld der Rühnemänner die Betriebe völlig lahm gelegt sind, dann wird sich zeigen, wer es am längsten aushält.

Im weiteren Verlauf der Versammlung kam die von der Firma Spinn u. Sohn im „Vorwärts“ erlassene Verurteilung zur Sprache. Die Firma hatte eine Anzahl Ausgesperrter durch Postkarten zum Wiedereintritt aufgefordert und dies damit erklärt, daß sie mehr als 50 Proz. ausgesperrt und nur die zu viel Ausgesperrten wieder einstellen wollte. Demgegenüber sagte Cohen, Spinn u. Sohn hätten 82 Arbeiter ausgesperrt, während noch 93 im Betriebe blieben. Obgleich die Firma also nicht 50 Proz. ausgesperrt, habe sie doch schon am ersten Tage der Aussperrung wenigstens 24 Postkarten an Arbeiter versandt, die wieder zur Arbeit aufgefordert wurden. Jetzt, nachdem die Streikleitung noch eine Anzahl Arbeiter aus der genannten Fabrik herausgezogen hat, sind allerdings mehr als 50 Proz. draußen. Die Aufforderungen der Firma zum Wiedereintritt mögen den Zweck gehabt haben, daß die Firma, was ihr nach den Abmachungen der Fabrikanten gestattet ist, mit den Arbeitern wechseln wollte.

### Die Streikbrecherorganisation der Rühnemänner.

Als die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten vor einiger Zeit die nichtorganisierten Arbeiter aufforderte, sich in die Listen der Fabrikanten einzuschreiben, um im Falle eines Lohnkampfes Unterstützung zu erhalten, da suchten die Fabrikanten ihr Vorgehen damit zu erklären, daß sie sagten, sie wollten nichts weiter, als den ihnen treu zur Seite stehenden Arbeitern dieselbe Unterstützung zu teil werden lassen, welche die organisierten Arbeiter beziehen. — Was damals sogleich erkannt, von den Fabrikanten aber bestritten wurde, nämlich daß es sich um nichts anderes handelt als um die Bildung einer von den Unternehmern protegierten Streikbrecherorganisation, das tritt jetzt klar zu Tage. Die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten giebt durch Rundschreiben bekannt, daß die nichtorganisierten, welche sich bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eintragen ließen und jetzt ausgesperrt werden, durch den Arbeitsnachweis andre Arbeit — also als Streikbrecher! — erhalten, oder wenn ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden kann — der Fall tritt während des Streiks natürlich nicht ein — sollen die nicht verwendbaren Streikbrecher pro Tag 2,50 M. erhalten. Wer sich als Inorganisierte noch jetzt bei den Fabrikanten eintragen läßt, erhält zwar keine Unterstützung, aber es werden ihm zehn Betriebe zur Auswahl überlassen, um in einem derselben in Arbeit zu treten. Man sieht also, daß die organisierten Arbeiter mit vollem Recht seiner Zeit das Manöver der Fabrikanten kennzeichnen und jede Gemeinschaft mit denen ablehnen, die den Verheißungen der Fabrikanten folgten und der Organisation ihrer Arbeitsbrüder fern blieben.

Ob die Zusage der Unterstützung an die bei den Fabrikanten eingetragenen Arbeiter jemals erfüllt werden wird, daran darf man wohl mit Recht zweifeln. Als eine nichtorganisierte Arbeiterin, die jetzt mit ausgesperrt ist, bei dem Meister unter dem sie gearbeitet hatte, Anspruch auf die verheißene Unterstützung erhob, gab ihr der Meister die beleidigende Antwort: So eine häßliche Wondine brauche doch die Unterstützung nicht, die könne doch in der Friedrichstraße viel mehr verdienen als sie an Unterstützung erhalten würde.

So also sieht es mit dem Lohn aus, den die den Fabrikanten ergebenen Arbeiter und Arbeiterinnen von ihren „Schutzherren“ zu erwarten haben.

**Der Streik in der Metallblechfabrik von Westphal u. Reinhold** hat sich in den letzten Tagen weiter ausgedehnt, indem auch die Arbeiter der Tischlerei, der Wappmanufaktur, der Glaserie und der Lackiererei die Arbeit niedergelegt haben. Am Sonnabend kündigte Wessenthal, als Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes Herrn Reinhold an, daß diese neuen Arbeitsniederlegungen bevorstünden; dieser hielt es aber nicht für nötig irgend welche Schritte zu einer Einigung zu unternehmen. Am Dienstag teilen die Streitenden der Firma mit, daß sie unter folgenden Bedingungen geneigt seien, die Arbeit wieder aufzunehmen:

1. Das Ausschreiben der Lohnzettel geschieht am Wochenschluß.
2. Das frühere Fertigtellen einer kleineren Zahl von Arbeiterstellen und ähnlichen Arbeiten als Teile eines großen Accords geschieht nur nach vorheriger Verständigung über den für diese Extraarbeiten zu zahlenden erhöhten Accordpreis.
3. Der seit 1 1/2 Jahren versprochene Accordtarif für Schlosser wird als Vorlage zwecks Beratung und Beantwortung spätestens bis zum 1. Oktober 1904 der Kommission überreicht.
4. Accordreduzierungen finden nur nach vorherigen technischen Verbesserungen statt. Wird bei diesen Reduzierungen der einzelne Arbeiter nicht mit seinem Meister einig, so tritt der zu bildende Arbeiterausschuß mit der Geschäftsleitung in Unterhandlung. Gerichten sich auch diese Verhandlungen, so bleibt entweder der alte Accordpreis bestehen, oder der Stundenlohn wird bei dieser Arbeit gesichert.
5. Der Berliner Schloßertarif wird anerkannt.
6. Alle Streitenden kehren an ihre alten Plätze zurück; Maßregelungen finden nicht statt.

Auf diese Forderungen zu antworten, hat die Firma nicht für nötig erachtet, obgleich durch den Streik in seiner jetzigen Ausdehnung der ganze Betrieb bald ins Stoden geraten muß. Dagegen waagt die Firma mit großer Sorgfalt über ihre Streikbrecher, und die Polizei leistet ihr dabei, nach dem zu urteilen, was in einer gestern abgehaltenen Besprechung der Streitenden mitgeteilt wurde, weit über das allgemeine Maß hinausgehenden Beistand. Die Streikbrecher werden in Möbelwagen transportiert, und, wie berichtet wurde, werden sie abends an einer Abstellstelle, die sich vor dem Hause Al-Roabit 84 befindet, also ziemlich weit entfernt von der Fabrik am Wedding, von Schutzeuten empfangen, die offenbar streng darüber wachen, daß sie nicht etwa von einem der dem Wagen nachgefahrenen

Streikposten angeprochen werden. Ferner wurde berichtet, daß gestern morgen ein Schuhmann zunächst eine von Streikposten angeprochene Arbeiterin ausgefragt, dann plötzlich auf die Streikposten zugekommen sei mit den Worten: „Sie haben die Dame beleidigt.“ Ähnliches soll öfter vorgekommen sein, so daß die Beamten sich erst informieren, ob die Arbeitswilligen sich vielleicht beleidigt oder belästigt fühlen, und auf Grund dessen gegen die Streikposten vorgehen. Wohin sollte es wohl führen, wenn solch' ausgebeuteter Polizeischutz allgemein gemacht würde, wenn jeder, der irgendwie angeprochen wurde, von der Polizei befragt werden sollte, ob ihm nicht irgend ein beleidigendes Wort gesagt worden ist? — Wenn die Polizei die fortdauernden Eistrierungen mit der üblichen „Verlehrsicherung“ zu begründen sucht, so muß das hier ebenso unpassend erscheinen wie bei so vielen andren Streiks. Denn das Süd-Ufer, wo die Fabrik liegt, ist eine der verkehrsreichsten Straßen Berlins und gegenwärtig noch dazu wegen Straßenbauarbeiten gesperrt. Uebrigens wurde auch in der Besprechung erwähnt, daß einige Beamten die ihnen auferlegte Amtspflicht mit Höflichkeit und ohne überflüssige Nebenarten erfüllen. — Zur Streikarbeit sucht der Firmeneinhaber alle möglichen Leute heranzuziehen, sogar seine Bureau-Angestellten und Schreiber. Einer von diesen, ein junger Mann, hat sich dieser Arbeit geweiht und wurde deswegen entlassen. Unter denen, die Streikarbeit machen, ist der Salmelzer Piersch, Stefanstraße 61, und der Bespannermeister Hartmann, Tegelerstraße 30. Beide betreiben nebenbei ein Seifengeschäft, das, wie die Streitenden erklärten, der Arbeiterchaft besonders empfohlen werden sollte. — Ferner machte Wessenthal darauf aufmerksam, daß die „Volks-Zeitung“, obwohl sie in ihrem redaktionellen Teil in der Regel mit anerkennenswerter Sachlichkeit über Vorgänge in der Arbeiterbewegung berichtet, in ihrem Annoncenteil fortgesetzt Streikbrecher-Besuche aufnimmt. Der Redner forderte die Anwesenden auf, überall Propaganda gegen dieses Blatt zu machen, so lange hierin keine Änderung eintritt. — Im übrigen zeigte die Besprechung, daß die Streitenden einmütig im Kampfe aushalten.

**Die Rahmenvergolder** waren am Mittwoch in den Arminkhallen versammelt, um über die zu stellenden Lohnforderungen definitiv zu beschließen. Die Verlesung der Präferenzliste ergab, daß ungefähr 50 Proz. aller in der Branche beschäftigten Kollegen erschienen waren, die fast alle der Organisation (Vergolder-Verband) angehören. Das einleitende Referat über die zu stellenden Forderungen hieß Spöthe. Die Vergolder fordern: 1. Eine Verbesserung der bestehenden Löhne um 10 Proz. Wäher betrug der Minimallohn 24 M., der Durchschnittslohn 26,40 M. Die jungen ausgetretenen Kollegen wurden jedoch von den Meistern mit geringeren Löhnen abgepeist. Der 2. Punkt: Lieferung familiärer Binsel durch den Meister, ist eigentlich etwas Selbstverständliches. Weiter verlangen die Vergolder bei Beschäftigung außer der Werkstatt (auf Bauten usw.) pro Tag 1 M. Lohnzuschlag und die Einführung der 8 1/2stündigen Arbeitszeit pro Woche da, wo bisher noch länger gearbeitet worden ist. In diesem Jahre war die Konjunktur etwas günstiger, vor allem bei der Firma Bösch, welche die Arbeiten bei Wertheim ausgeführt hat und können die Arbeitsverhältnisse dabei selbst als geregelt bezeichnet werden. Ebenso gewährt die Vereinigung der Kunstfreunde ihrem Personal den Tarif und alle zwei Jahre von selbst 1 M. Zulage. Von den alten Kollegen daselbst ist seit Gründung des Geschäfts noch keiner entlassen. Bei der Firma Rood dagegen sei eine Lohnaufbesserung von 10 Proz. sehr am Platze, da diese Firma die von ihr ausgeführten Schloßarbeiten gut bezahlt bekomme. Die Firma Wethege bezahlt nur gut, wenn sie unbedingt muß, im übrigen drückt sie die Löhne möglichst herunter und läßt fleißig Überstunden machen. Sehr notwendig sei es auch, die volle Lohnzahlung am Sonnabend und zwar in der Werkstatt zu verlangen. In der sehr regen Diskussion wünscht ein Kollege 25 Proz. Zuschlag für Überstunden; dies wird ebenfalls zur Forderung erhoben. Von anderer Seite wird für die jungen Kollegen, die über ein Jahr ausgetreten haben, ein Minimallohn von 25,50 (bisher 24) Mark verlangt. Auch diese Forderung findet einstimmige Annahme. Eine viergliedrige Kommission, bestehend aus Johike, Heinemann, Bahold und Schwarz, soll neben dem Vorstand beauftragt werden, mit den Meistern verhandeln. Mitgeteilt wurde noch, daß der ab 1. Oktober seitens der Innung erteilte Arbeitsnachweis, da völlig überflüssig, für die Verbandskollegen gesperrt ist.

**Der Streik der Lugschpapier-Arbeiter und Arbeiterinnen** hat sich nun auch auf die Firmen Hagelberg, Sala, Vittauer u. Vohsen, Hellriegel, Heymann u. Schmidt und Grimm ausgedehnt, indem die Träger und Trägerinnen dort einmütig die Arbeit niedergelegten, weil einige von ihnen Streikarbeit machen sollten. Die Zahl der Streitenden ist jetzt auf ungefähr 600 angewachsen. Gestern sind wiederum mehrere Eistrierungen von Streikposten vorgenommen worden. Vor einer Fabrik wurden fünf Arbeiterinnen davon betroffen; sie wurden eine halbe bis zu einer vollen Stunde auf der Wache gehalten. — Heute abend findet bei Keller eine öffentliche Versammlung der Lugschpapier-Arbeiter und Arbeiterinnen statt, in der über den Streik gesprochen wird.

**Achtung, Lugschpapier-Branche!** In folgenden Firmen befinden sich die Kollegen und Kolleginnen im Ausstand resp. wird Streikarbeit angefertigt, sie sind infolgedessen als gesperrt zu betrachten und streng zu meiden: Bernhard u. Co., Wilhelmstr. 28, Wöbme, Reichsbergerstr. 158, Finkenrat, Schleißerstr. 31, Schwertfeger, Reichsendorferstr. 54b, Hochstein u. Weinberg, Wassertorstr. 80, Friedheim u. Sohn, Holzmarktstr. 53, Heine, Weinmeisterstr. 6, Griebnitz, Dragonerstr. 22, Mittelmann u. Wegner, Alexanderstr. 9, Vittauer u. Vohsen, Schallerstr. 104, Heymann u. Schmidt, Schönhauser Allee 164/65, Hellriegel, Kochstr. 5, und Stange, Weithstr. 3, Hagelberg, Sala, Grimm.

Die Lohnkommission.

**Die bei der Victoria-Speicher-Aktien-Gesellschaft** beschäftigten Arbeiter legten am Freitag die Arbeit nieder, nachdem hinsichtlich ihrer Forderungen auf Erhöhung des Lohnes eine Einigung mit der Direktion nicht erzielt werden konnte. Am zweiten Tage des Streiks erklärte die Direktion bereit, mit einem Vertreter der Verwaltung Berlin I des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verlehrsarbeiter, welcher letzterem die Arbeiter als Mitglieder angehören, zu verhandeln. Es wurde dadurch eine Einigung herbeigeführt und ein Tarifvertrag auf die Dauer von einem Jahre abgeschlossen. Die Lohnsätze sind wie folgt geregelt: Die Wäger erhalten einen Lohn von 50 Pf. pro Stunde, die Binder und die alten Arbeiter, welche zur Zeit der Lohnbewegung im Speicher beschäftigt waren, erhalten einen Stundenlohn von 46 1/2 resp. 45 Pf.; alle neu eintretenden Arbeiter erhalten 40 Pf. pro Stunde. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden und dauert von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, bei 2 Stunden Pause. Auch die Bezahlung der Überstunden, welche in dringenden Fällen während der Zeit von 6—10 Uhr abends gemacht werden müssen, wurde geregelt. Falls ein Arbeiter außerhalb des Speichers beschäftigt wird, erhält derselbe außerdem eine Extravergrütung von 1 M. Durch diese Abmachungen erzielte die in Frage kommenden Arbeiter eine Lohnaufbesserung von 3—8 M. pro Woche.

Die Arbeiter von dem Speicher Ostbahnhofsgebäude folgten dem Beispiel ihrer Kollegen und erreichten durch ihr Vorgehen eine Lohnaufbesserung von 35 auf 40 Pf. pro Stunde.

**Beleidigte Bädermeister.** Um die übrigen Bädermeister leichter zur Zurückziehung der Forderungen zu bewegen, und damit die Gesellschaft durch eine recht große Zahl von Zurückziehungen überlastet werden sollte, hatte der Postkassenbeamten der Bädermeister auf den Listen, die er der Streikleitung einbande, eine große Anzahl von Bädermeistern die „Bewilligung zurückziehen“ lassen, die inhaltlich nie mals die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten. Auf einer dieser Listen, an deren Kopf die Worte prangten: „Wir Unterzeichneten erklären, daß wir die seiner Zeit gegebene Bewilligung der Gesellenforderung hiermit zurückziehen.“ stand an erster Stelle unterschrieben: W. Schwienhagen, Schönhauser Allee 126 a. Selbstverständlich kam nach dieser seiner eignen Er-

klärung der Name dieses Herrn in den „Vorwärts“ unter die Liste der Zurückgezogenen. Nummer hat der Mann gegen den Genossen Heichold bei der Staatsanwaltschaft Anklage wegen — Verleumdung erhoben, weil „er im „Vorwärts“ unter der Liste der Zurückgezogenen gestanden hätte, aber niemals bewilligt habe.“

Für die verblühende Anklage giebt es nur drei Möglichkeiten, die Sache erklärlich zu machen: Entweder hat der Wäldermeister ein sehr kurzes Gedächtnis, oder er glaubt, die Streikleitung ist nach so langer Zeit nicht mehr im Besitz der Listen. Die dritte Möglichkeit wäre eine Fälschung durch einen der Unterschriften, was immer dem Populär-Abwehranspruch zur Last fällt.

Der Prozeß dürfte in erster Linie geeignet sein, die sauberen Praktiken der Wäldermeister in diesem Kampfe ins rechte Licht zu rufen, da die Gesellschaft sämtliche Dokumente sehr sorgfältig aufbewahrt hat.

#### Erklärung.

Zu dem Verfassungsvertrag der Sektion der Fliesenleger des Centralverbandes der Maurer in Nr. 227 des „Vorwärts“ vom 27. September, der den Kollegen nahe in seinem Bericht über die bisherigen Einigungsverhandlungen sagt: „daß keine Aussicht auf ein Zustandekommen der Einigung vorhanden wäre, und die Delegierten der Sektion deshalb von weiteren Verhandlungen zurückgetreten sind, und daß nach seinen Eindrücken von dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen es nur eine Scheineinigung geworden sein würde.“ erklären wir folgendes: Entgegen den Ausführungen Rades ist die beste Aussicht einer Vereinigung der noch verhandelnden beiden Organisationen vorhanden. Rade weiß selbst, daß jetzt ein einheitliches Statut — das er selbst schon in Händen hatte — beraten wird. Diese Beratung hat schon gute Fortschritte gemacht. Daß die Delegierten der Sektion von den weiteren Verhandlungen zurückgetreten sind, ist ja für die Sache sehr bedauerlich; trotzdem können dieselben aber doch nicht annehmen, daß die Einigung nun vollends scheitern wird. Sollten die Sektionsdelegierten aber zurückgetreten sein, um dadurch eine „Scheineinigung“ zu vermeiden, so würde dies allerdings unser Bedauern wesentlich abmildern; im Gegenteil, wir würden dann ihren Schritt sogar gut heißen können. Uns aber besetzen keine „Scheineinigungsbesprechungen“, sondern wir wollen wirkliche, ehrliche Einigung auf Grund gegenseitiger Rechnungstragung der Bestimmung und Ansichten.

Die Einigungskommission der Fliesenleger.  
J. A.: Herm. Kuntz.

#### Deutsches Reich.

Bei der Firma G. W. Hempe in Ludenwalde sind Differenzen ausgebrochen. Der Unternehmer will den Arbeitern eine Fabrikordnung aufzuerheben. Die Firma ist Lohnwebererei und hat ihre Stühle stehen bei Levin u. Bernhardt. Vor Jutug wird gewarnt, da sämtlichen Webern gefährdet wurde.

Wieder ein Wahlsieg einer freien Gewerkschaft in Offen. Schlag auf Schlag trifft die Christlichen! Von der furchtbaren Niederlage bei der Gewerbeprüfung noch nicht erholt, mußten sie den Schmerz der Niederlage bei der Knappschafswahl erleben und nun schon wieder ein Stief. Am Montag fand die Gefellensauswahl der Malerinnung statt. Die freie Gewerkschaft siegte mit 80 Stimmen gegen die vereinigten Gegner, die 25 Stimmen aufbrachten. Offen gehört uns, damit müssen die Christen sich abfinden. Aufcheinend hat die Stadtverwaltung Mitleid mit den Geschlagenen, es soll ihnen wieder ein Plätzen im Gewerbeprüfung freigegeben werden. Im Jahre 1902 räumten sich die Christlichen noch der sicheren Majorität, ein Antrag des Gewerkschaftsvereins auf Einführung der Verhältniswahl wurde glatt abgelehnt. Nun die Christlichen die Helle unüberbrücklich fortzuschwimmen lassen, entbrannten sie in heißer Liebe für das Proportional-Wahlsystem. In der nächsten Sitzung der Stadtväter steht ein diesbezüglicher Antrag zur Verhandlung und es ist wohl sicher, daß er angenommen wird. Retze was retten kann!

Einen schönen Erfolg erzielten die Gasarbeiter der Frankfurter Gasgesellschaft bei einer Aussperrung. Sie waren vorige Woche bei der Direktion um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingekommen. Diese lehnte aber ursprünglich ein Verhandeln mit dem Vertreter des Fabrikarbeiter-Vereins, wie auch mit einem Arbeiter der Fabrik ab. Und als sich die Arbeiter mit dem Vorgehen ihrer Sprecher solidarisch erklärten, wurden 40 Mann Knall und Fall entlassen. Der Leiter des Fabrikarbeiter-Vereins wandte sich nun an das Gewerbegericht und hat um dessen Vermittlung. Und hier zeigten sich die Direktoren auf einmal entgegenkommend. Die Solidarität der Arbeiter hatte sie jedenfalls doch zur Bestimmung gebracht. Vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt wurden folgende Lohn- und Arbeitsbedingungen proklamiert: 1. Einföhrung eines Arbeiterschlusses, welcher den Bedingungen der Gewerbe-Ordnung entspricht. 2. Sofortige Umwandlung der 24stündigen Beschäftigung in eine 18stündige, wobei die Direktion noch erklärte, daß sie gewillt sei, auf diesem Gebiete noch weitere Verbesserungen durchzuführen. 3. Der Lohn beträgt vom 1. Januar 1905: a) für Ofenarbeiter 4 M. im ersten, 4,20 M. im zweiten Jahre; für jedes weitere Jahr 10 Pf. mehr, bis zum Höchstlohn von 4,50 M. pro Schicht. (Bisher betrug der Schichtlohn 3,70 M.) b) für Hofarbeiter im ersten Jahr 3,30 M. und von da ab 3,50 als Höchstlohn. (Bisher wurde pro Schicht 3,10 M. bezahlt.) 4. Sämtliche Entlassenen werden wieder eingestellt. Auch ist im Protokoll bestimmt, daß der Organisation der Arbeiter nichts in den Weg gelegt werden soll. — Diese Bedingungen sind weitgehend als die Forderungen der Arbeiter und die Organisation der Fabrikarbeiter kann mit Recht stolz sein auf diesen Erfolg.

Aus Bremen wird uns telegraphiert, daß die Arbeitsaufnahme der Tischler noch nicht erfolgt ist. Die Streikkommission ersucht, den Zugang noch fernzuhalten, bis alle Verhältnisse geregelt sind.

#### Ausland.

##### Die italienischen Eisenbahnen nach dem Streik.

Rom, den 27. September. (Eig. Ber.) Die minimale Beteiligung der Eisenbahnen am Generalstreik ist für diese Kategorie selbst eine Ursache großer Beschämung. Gestern sind nun im Gewerkschaftshaus der Eisenbahnen in Mailand die Ausschüsse der Organisation „Aidatto“ und die Vorstände der Zweigabteilungen der „Federazione“ zusammengetreten, um über das Ausbleiben der Eisenbahnen beim Generalstreik zu beraten. Es wurde festgestellt, daß in folgenden Stationen die Arbeitsenthaltung vollkommen war, sowohl was das Stations- und Werkstattpersonal als das von hier ausfahrende Maschinen- und Zugpersonal betrifft: Benedig, Alexandria, Arona, Rivarolo, Genova und Sampierdarena.

Um die Ursachen dieses Mißerfolges zu prüfen, beschloßen die Anwesenden, einen außerordentlichen Kongreß der italienischen Eisenbahnen für den 7. und 8. Oktober in Rom einzuberufen. Unter dem ersten Punkt der Tagesordnung wird über die Ursachen der mangelnden Beteiligung am Generalstreik verhandelt und über die sich daraus ergebenden Maßnahmen. Der Kongreß wird weiter einige dringende berufliche Fragen behandeln.

Winnipeg, 29. September. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Der Ausfall bei der Canadian Pacificbahn ist beendet; 1000 Leute haben die Arbeit wieder aufgenommen.

#### Soziales.

Um die Landarbeiter in Dänemark schaffst zu machen, wollen Staat und Kreis jetzt mit dem Bau von Landarbeiter-Wohnungen vorgehen. So hat der Kreis Johannisburg nach dieser Richtung weitgehende Beschlässe gefaßt. Es ist eine Vorlage ausgearbeitet und dem Kreisrat vorgelegt worden, der einstimmig 160 000 M. aus-

Kreismitteln für diese Zwecke bewilligte. Zu dieser Summe tritt noch in Kürze eine gleiche aus Staatsmitteln. Nach den aufgestellten Grundrissen kann nicht nur der Besitzer für seine Arbeiter Wohnungen bauen, sondern der Arbeiter selbst wird in die Lage versetzt, sich ein selbständiges Heim zu gründen. Auch der Kreis-ausschuß will Arbeiterwohnhäuser auf eigene Kosten errichten und dann den Arbeitern als Eigentum abtreten oder vermieten. Das Vorgehen hat gewiß Licht- und Schattenseiten für die Arbeiter; es ist aber immerhin löblicher als die Schaffung eines Kontraktbruch-Gefehes.

Die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert ist für Königsberg eingeführt worden. Am 1. April 1905 soll sie bereits in Kraft treten. Ein dahingehender Antrag des Magistrats wurde am Dienstag von der Stadtverordneten-Versammlung angenommen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten den Antrag eingebracht, solchen Vaugenossenschaften, die Minderbemittelten billige Wohnungen verschaffen wollen, den gemeinen Wert nur mit drei Vierteln in Anrechnung zu bringen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, trotzdem bei dem jetzigen Steuersystem die Vaugenossenschaften diese Vergünstigung haben. Von einschneidender Bedeutung ist diese Grundsteuer besonders für die einzugemeindenden Orte. Bekanntlich soll die Eingemeindung am 1. April 1905 perfekt werden. Es sind alsdann große Ländereien vorhanden, die von der Steuer betroffen werden.

Doppelt hält besser. Vor einigen Tagen veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger“ und jetzt noch ihm die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ einen Auszug aus den Ergebnissen einer sehr wertvollen Untersuchung des württembergischen Sanitätsrats Dr. Eiben über die Zusammenhänge zwischen Tuberkulose und dem Beruf und Alter. Diese selbe Veröffentlichung hat der „Reichs-Anzeiger“ schon im März d. J. gebracht, nur mit dem Unterschiede, daß sie damals dem Original entnommen war und diesmal dem Auszuge einer Zeitschrift entstammt. So was kommt ja mit Kleinigkeiten überall mal vor, aber selbst den loerresten „Reichs-Anzeiger“ darauf zu betreffen, macht ihn uns immerhin interessanter.

#### Armenverband und Rentenbezieher.

Der Maurer P. hatte zu einer Zeit, als er im Irrenhause verpflegt wurde, Anspruch auf Unfallrente in Höhe von 77 M. monatlich. P. war wegen Gemeingefährlichkeit durch die Polizei dem Irrenhause der Provinz Kormern überführt worden. Sein Geisteszustand hing in keiner Beziehung mit dem Betriebsunfall, der ihm die Rente brachte, ursächlich zusammen. Trotzdem verlangte der Land-Armenverband Ersatz der von ihm für die Verpflegung P. in der Provinzial-Irrenanstalt aufgewandten Kosten aus der Unfallrente gemäß § 25 des Unfallversicherungs-Gesetzes, und zwar 50 M. monatlich. Der Bezirksauschuß wies die Klage des Armenverbandes ab, weil keine Hilfsbedürftigkeit P. im Sinne des Armenrechts und des § 25 des Unfallversicherungs-Gesetzes bei der Einlieferung vorgelegen habe. Es habe sich lediglich um einen polizeilichen Akt gehandelt. Auch später, als man P. eine Heilbehandlung in der Anstalt angeheben ließ, sei er nicht im Sinne der hier in Betracht kommenden Gesetze „hilfsbedürftig“ gewesen, denn es habe ihm ja eine Rente von 77 M. zugestanden. Damit falle der Anspruch aus § 25. Das Ober-Verwaltungsgericht hielt das Urteil des Bezirksauschusses aufrecht, aber aus ganz anderen Gründen. Was der Bezirksauschuß ausführt, sei nicht stichhaltig. Das Urteil sei insofern im End-ergebnis aufrechtzuerhalten. Der Senat gehe davon aus, daß der § 25 des Unfallversicherungs-Gesetzes nur Ersatz seiner Kosten verlangen könnte, wenn der Unfall, wegen dessen P. die Rente erhielt, zugleich die Ursache der Geisteskrankheit und damit der Aufnahme P. in die Irrenanstalt und seiner dortigen Verpflegung gewesen wäre. Da ein Zusammenhang zwischen dem Unfall und der Geisteskrankheit nicht bestehe, so müsse aus diesem Grunde die Klage des Landarmenverbandes abgewiesen werden.

#### Aus Industrie und Handel.

Japan und Rußland in Geldverlegenheiten. Nach einer Meldung des „Reuterschen Bureaus“ hat die japanische Regierung die Aufnahme einer neuen fünfprozentigen inneren Anleihe in Höhe von 80 Millionen Yen (ca. 168 Millionen Mark) beschlossen. Der Emissionskurs ist auf 92 Proz. festgesetzt, also wesentlich niedriger, als bei den bisherigen Anleihen; denn die im Frühjahr aufgenommene innere japanische Anleihe hatte einen Emissionskurs von 95 Proz. und die sechsprozentige auswärtige Anleihe im Betrage von 10 Millionen Pfd. Sterl. einen Kurs von 93 1/2 Proz.

Auf anderem Wege verschafft sich Rußland die nötigen Mittel; es setzt die Notenpresse in Bewegung. Wie gemeldet wird, hat es 20 Millionen neue Kreditrubel-Villete herstellen lassen. Da seit Ausbruch des Krieges bereits außerdem 170 Millionen ausgegeben worden sind, befinden sich jetzt über 800 Millionen Kreditrubel im Umlauf.

Trustbestimmungen und Kohlen-Syndikat. Schon bei der Besprechung des Montantrusts Gelsenkirchen-Schalker-Aachener Hüttenverein haben wir die Vermutung ausgesprochen, daß der neugebildete Trust später die erste beste Gelegenheit ergreifen könnte, „um unter irgend einem Vorwande den Syndikats-Vertrag zu brechen oder das Kohlen-Syndikat vor Ablauf der Vertragsdauer zu einer ihrer Betriebe gütigeren Regelung der Produktions- und Absatzbedingungen zu zwingen.“ Tatsächlich scheint schon jetzt das letztere beabsichtigt zu sein, allerdings nicht von dem oben erwähnten Trust, sondern von der Vereinigung Deutsch-Luxemburgische Bergwerksgesellschaft Friedländer Nachbar. Die Bergbau-Aktiengesellschaft Friedländer Nachbar verhandelt nämlich zur Begründung der vorge schlagenen Fusion mit der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft ein Rundschreiben, in welchem folgender Satz vorkommt: „Die Ausgestaltung der Fusion wird erleichtert durch ihre Hüttenzeuggen-Eigenschaft und wirkt auch auf die zukünftige regelmäßige Beschäftigung von Friedländer Nachbar nach durchgeführter Vereinigung zurück. Nach unserm Urteile werden sich die Erfolge auf den Hütten und der Hütte bald zeigen usw.“

Danach sehen die Vertreter dieser Fusion in dem § 1 des Kohlen-Syndikats-Vertrages kein Hindernis, schon sofort nach der Vereinigung, nicht erst nach Ablauf der Syndikatsdauer, den Teil ihrer Kohlenförderung, der über die Beteiligungsziffer hinaus gefördert wird, der Hütte zum Selbstverbrauch zuzuführen, ohne daß dieser auf die Beteiligung im Syndikat zur Anrechnung kommt. In diesem Sinne faßt auch das Hütten-Organ, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, die Äußerung auf und sucht in einer langen Darlegung der Bestimmungen des Syndikats-Vertrages, speziell des Absatzes 2a, Absätze 2, der von dem Selbstverbrauch der Hüttenwerke handelt, nachzuweisen, daß die Folgerungen, welche das Rundschreiben aus jenen Vertragsbestimmungen zieht, nicht stichhaltig sind.

„Wie läßt sich“, fragt das Blatt, „nach diesen Satzungen nun eine Auffassung rechtfertigen, die dahin gehen würde, daß man bei einer Fusion mit einer sogenannten Hüttenzeuggen das über die Beteiligung im Syndikat hinausgehende Förderquantum als Selbstverbrauch der Hütte zuzurechnen dürfe und dann auf die Beteiligung nicht anzurechnen brauche? Denn nur auf solche Weise kann die durch die Fusion erworbene Hüttenzeuggen-Eigenschaft zur Ausgestaltung der Fusion, die bis dahin nur auf ihre Beteiligungsziffer im Syndikat angewiesen war, nutzbar gemacht werden. Man muß hier wohl bemerken, daß bei der Fusion der Hütte Friedländer Nachbar mit der Deutsch-Luxemburgischen Gesellschaft eine Fusion mit einem Unternehmen stattfindet, welches bereits Hüttenzeuggen, d. h. ein Hüttenzeuggen, der auch eine Eisenhütte besitzt, war und als solcher den Verbrauch in seinem Hüttenwerke von dem Verkauf an das Syndikat ausgeschlossen hatte. F. welche ist bei dem Schaller Gruben- und Hütten-Verein der Fall, der bei seinem Eintritt ins Syndikat Besitzer der Hütte Pluto war. Läßt der Vertrag die oben angebeutete Aus-

legung zu, dann sehen wir darin eine schwere Gefahr für die Existenz des Syndikats. Schon die Freigabe des Selbstverbrauchs für die sogenannten Hüttenzeuggen hat eine enorme Verschiebung in dem Beschäftigungsgrade der Syndikats-Mitglieder herbeigeführt, wie sie in diesem Maße gewiß nicht erwartet worden ist. Während die Hüttenzeuggen ihre volle Förderfähigkeit ausnützen können, müssen die „reinen“ Hüttenzeuggen über die Förderung einsparen, und statt daß die Einschränkungsregeln im Syndikat und in seinen Unterabteilungen mit Eintritt des Herbstes sich vermindern, wachsen sie von Monat zu Monat. . . Die sind zwar der Ansicht, daß eine solche Auslegung der Syndikatsbestimmungen nicht statthaft ist und daß für die Unterzeichner des Vertrages lediglich die Bestimmungen des § 1 die Richtschnur bilden dürfen, wonach sie ihre gesamte Produktion an das Syndikat verkaufen haben, ohne die Nebenabficht, sich später durch Fusionen mit Hüttenzeuggen für die Ausgestaltung ihrer bis dahin „reinen“ Hüttenzeuggen gütigeren Bedingungen zu erwirken. Denn der Passus des Vertrages § 1, Abs. 2, Absätze 2, besagt ausdrücklich, daß nur für diejenigen Hüttenzeuggen, welche bei Abschluß des Vertrages gleichzeitig Eigentümer von Hüttenwerken waren, die zum Verbrauch in ihren Hüttenwerken gelangenden Kohlen usw. nicht auf die Beteiligungsziffer angerechnet werden sollen.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ hat Recht. Sinegemäß können die Vertragsbestimmungen nur so ausgelegt werden, wie sie meint; aber unbestimmt ist der betreffende Paragraph sicher, und es erscheint keineswegs ausgeschlossen, daß er von den neu entstehenden Trusts in dem ihnen vortheilhafteren andern Sinne interpretiert wird. Halten sie allen Vorstellungen zum Trost an ihrer Auffassung fest, was dann? Dann können sich noch recht heftige Kämpfe im Kohlen-Syndikat entspinnen, die vielleicht sogar zu einer Sprengung führen.

Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft, Berlin. Sind auch die Zeiten vorüber, wo die Gesellschaft Dividenden von 100 und mehr Prozent verteilte, so hat sie doch im letzten Geschäftsjahre wieder einen recht ansehnlichen Gewinn erzielt. Nach dem Geschäftsbericht ergibt sich ein Reingewinn von 339 383 M., aus dem eine Dividende von 12 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahre, verteilt werden soll. Das günstigere Ergebnis wird darauf zurückgeführt, daß sowohl in der Gasglühlicht- als in der elektrotechnischen Abteilung der Umsatz sich gehoben hat.

#### Aus der Frauenbewegung.

Die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson wurde in einer Versammlung in Ludenwalde beschlossen, wo Genossin Gräuberger referiert hatte. Gewählt wurde Frau Tabert.

#### Witterungsübersicht vom 29. September 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hohb mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	764	SW	—	bedeckt	12	Habaranda	765	SW	—	Zwolken	7
Hamburg	763	SW	2	bedeckt	12	Petersburg	771	SW	—	1 bedeckt	9
Berlin	762	SW	2	bedeckt	13	Tort	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	761	S	2	bedeckt	11	Werdsee	767	SW	—	1 heiter	6
München	763	SW	4	bedeckt	10	Paris	762	W	—	3 Regen	11
Wien	764	SW	1	Regen	11						

Wetter-Prognose für Freitag, den 30. September 1904.  
Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und schwachen südöstlichen Winden.  
Berliner Wetterbureau.

**Sozialdemokratisch. Wahlverein**  
für den  
**6. Berliner Reichstagswahlkreis.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 27. d. M. verstarb unser Mitglied, der Maler  
**Eduard Pilka**  
Rügenerstr. 23.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 30., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes der Friedensgemeinde in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Diesem allen Freunden und Bekannten (sowie der werthen Rundschau) die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam, Herr  
**Hermann Krüger**  
Chausseestraße 48  
am Montag, den 26. September, verstorben ist.  
Dies zeigen im Namen der Hinterbliebenen tiefbetrübt an  
**Familie Krüger,**  
Schwager und Braut.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30., nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus statt.

Am Montag, den 26. September, nachmittags 1 1/2 Uhr, entschlief nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Restaurateur  
**Ernst Zimmermann**  
im Alter von 48 Jahren.  
Dies zeigen tiefbetrübt an, um stille Teilnahme bittend 17006  
**Emma Zimmermann**  
und Kinder.  
Die Beerdigung findet statt am Freitag, den 30. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Stantenhouses am Urban aus nach dem neuen Jakobskirchhof, Nordost, Hermannstraße.

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.**  
(E. S., Eich Gofha.)  
Bezirk Berlin 5.  
Am 27. September 1904 verstarb nach kurzem, aber schwerem Krankenlager unser langjähriger Mitglied, der Schmelz  
**Franz Piletzky**  
im Alter von 35 Jahren an Nierenverletzung.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 30. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Augusta-Hospitals nach dem neuen Norderly-Kirchhof in Reinickendorf, Berlinerstraße, statt.  
Die Ortsverwaltung.  
Berlin 5.

**Stukkateure.**  
Am Dienstag, den 27. September, verstarb nach langem schwerem Leiden unser Kollege  
**Ferdinand Ulrich**  
im 27. Lebensjahre an der Prostatakreislauferkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Samstag, den 1. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des Weidmanns-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen (Nordend) statt.  
Wünscht zahlreiche Beteiligung ersucht  
175/6  
Die Ortsverwaltung des Central-Verbandes der Stukkateure, Filiale Berlin.

**Danksgiving.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Schirn meinen herzlichsten Dank. Ebenfalls bedanke ich mich bei den Kollegen der Firma Schirn für die Unterstützung, die sie mir und meinem lieben Manne erwiesen haben.  
5202  
Witwe **Anna Burdack.**  
Für die innige Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines innig geliebten Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere Herrn Kerstun und dem Personal der Firma Matz & Co., dem Bahnbauamt (VI. Kreis), sowie den Stammsägern des Restaurateurs Winkelsohn meinen herzlichsten Dank.  
5212  
Witwe **Emilias** nebst Kindern.

**Danksgiving.**  
Für die liebevolle Teilnahme und für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes  
**Erich**  
sagen wir den Mitarbeitern der A. G. O., Saal 18, unsern herzlichsten Dank.  
17136  
**Familie Kriehn.**

**Danksgiving.**  
Für die innige Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen, insbesondere seinen Kollegen von der „Union“, sowie dem Gelandeverein „Vedert II“, dem Bahnbauamt (VI. Kreis) meinen herzlichsten Dank.  
17035  
Witwe **Anna Bräumer** nebst Kindern.



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wahlkreis (Südost). Sonntagnachmittag 1 Uhr veran-

Pankow-Nieder-Schönhausen. Am Dienstag, den 18. Oktober,

Wahlkreis Schönwalde. Wahlverein Bezirk Pankow. Die

Ober-Schönwalde. Sonntag früh 8 Uhr ist „Vorwärts“

Waidmannslust. Sonntagnachmittag präzis 4 Uhr findet im

Königs-Wusterhausen. Am Sonntagabend Jahlabend und Ab-

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Schutz des von der Regierung bedrohten Selbst-

Was dieser Antrag will und wodurch die Antragsteller sich be-

Herrn Haberland erwiderte unter Genosse Heimann in

Nach Heimann ergriff Oberbürgermeister Kirchner das Wort

Bei der „Großen Berliner Straßenbahn“ hat die von den An-

die Direktoren, den Aufsichtsrat und die Aktionäre der Straßenbahn-

Mit einem neuen „Fall“ im städtischen Obdach hatte sich das

Am 18. September ging bei Hoffmann eine Beschwerde des In-

Ueber den weiteren Verlauf der Angelegenheit verläuft noch

Stipendien für junge Handwerker. Aus den Mitteln der von

Herr Direktor Busch schreibt uns zu der vorgestern um vom

Wichtig württembergische Arbeiter trafen Mittwochabend zum

Eine Entführung beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. Der

den Versuch zu machen, die Einwilligung der Eltern

Die Anzeigepflicht der Ärzte bei Typhus betrifft eine Ent-

Wegen Heiratschwindels wurde ein Kaufmann Hermann Richter,

Der Löwenjahn. Einer der Löwen, die derzeit im Wintergarten

Fünf Laubendiebe wurden nachts auf der Heimkehr von ihren

Ein neuer Schwindel. Festgenommen wurde von der Kriminal-

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den

Gefahr eines Gefährlichen Schauspiels. Ein ungewöhnliches Schauspiel



# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Samt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9079.  
Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Versammlung der Bauanschläger

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Unser Tarif. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr:

## Morgensprache d. Schraubendreher

bei Schröder, Drangelstr. 136.

Montag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Anherordentliche General-Versammlung

bei Keller, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:

1. Aufstellung der Kandidaten zu den Gewerbegerichtswahlen.  
2. Bericht über den Gärter- und Drückerstreik.  
3. Zahlreichen Besuch erwartet

121/16 Die Ortsverwaltung.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Freitag, den 7. Oktober, abends pünktlich 8 1/2 Uhr:

## General-Versammlung

im Saal VIII des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Referenten. 2. Vortrag des Schriftstellers Dr. Rudolf Steiner über: „Geschichtsauffassung“. 3. Diskussion. 4. Ergänzungswahl der Referenten. 5. Schulangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert

Beiträge werden entgegengenommen.

# Achtung! Maurer! Achtung!

Wie bekannt, tritt mit Anfang der ersten vollen Woche im Oktober eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde ein.

Die gütigen Arbeitsbedingungen schreiben vor, daß früh 7 Uhr die Arbeit begonnen wird und abends 1/2 6 Uhr endet, unter Innehaltung einer halbstündigen Frühstücks-, einer einstuündigen Mittags- und einer halbstündigen Vesperpause.

NB. Laut § 4 des Vertrages ist in der Zeit vom 1.-15. Oktober noch eine halbstündige Vesperpause. Gemäß dieser Bestimmung muß an den Sonnabenden, welche in dieser Zeit liegen, um 4 1/2 Uhr Feierabend sein.

Abweichungen von dieser Arbeitszeit sind uns sofort mitzuteilen.

Die Arbeitnehmer-Vertreter in der Ahtzener-Kommission.

J. A.: Emil Thöns.

153/3

## Mitteilung

an alle in der Gips- u. Cementbranche besch. Kollegen.

Trotzdem mit Ende September dieses Jahres unser Vertrag zu Ende geht, regelt sich für die Kollegen unserer Branche die Arbeitszeit entsprechend den Vertragsbestimmungen der Maurer. Indem wir unsere Kollegen ersuchen, streng auf diese Bestimmungen zu achten, erwarten wir, daß in Fällen, wo die Unternehmer Abänderungen bestimmen wollen, uns sofort Mitteilung gemacht wird.

Der Vorstand der Sektion der Gips- u. Cementbranche.

J. A.: Wilh. Fritsch.

# Achtung! Luxuspapierbranche! Achtung!

## Luxuspapierbranche!

Heute, Freitag, den 30. Septbr., abends 8 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:

## Oeffentliche Versammlung

aller in der Luxuspapierbranche, Kartonpapierfabriken etc. beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Der Streik in der Luxuspapierbranche. 2. Diskussion und Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Lokalkommission.

# Bauarbeiter

Berlin und Umgegend.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Steinträger, Putzerträger und Fahrstuhlarbeiter.

Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 10 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Beuthstr. 19/20:

## Große kombinierte Versammlung.

Tagesordnung: 1. Das Accordsystem, seine Licht- und Schattenseiten. Referent: Kollege G. Heinemann. 2. Diskussion. 3. Das Verhalten einzelner Kolonnenführer in letzterer Zeit. 4. Verschiedenes.

## Lohnarbeiter.

Sonntag, den 2. Oktober, vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4:

## Große Versammlung

aller zu Zeitlohn beschäftigten Arbeiter auf Bauten.

Tagesordnung: 1. Die Organisation unter den Lohnarbeitern und ihre Aufgaben in der Zukunft. Referent: Kollege R. Heidemann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet Die Ortsverwaltung.

## Musikinstrumenten-Arbeiter!

Sonntag, den 2. Oktober, mittags 12 Uhr, bei Keller, Koppenstraße Nr. 29:

## Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Stand unserer Lohnbewegung.

Jeder Kollege muß in dieser Versammlung erscheinen.

Die Vertrauensleute der Musikinstrumenten-Arbeiter aus allen Betrieben versammeln sich am Sonntagmorgen 10 Uhr bei Keller, Koppenstraße 29.

Die Branchen-Kommission des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Die Agitationskommission des Fachvereins. Der Ortsverein der Pianoforte-Arbeiter.

## Central-Verband der Maurer.

(Zweigverein Berlin. Sektion Putzer.)

Am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bekanntgabe des Resultats der letzten Bautenkontrolle und was lehrt uns dasselbe? 2. Die bevorstehende Gewerbegerichtswahl. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Die örtliche Verwaltung. J. A.: D. Neumann.

Central-Verband der Maurer, Zweigverein Berlin (Sektion Putzer), C., Rosenhallerstraße 67.

## Orts-Krankenkasse der Stadt Schöneberg.

Zufolge des von dem Magistrat hierüber am 15. Januar 1904 erlassenen, durch den Bezirksausschuß zu Potsdam vom 19. April 1904 genehmigten Ortsstatuts werden vom 1. Oktober 1904 ab

- a) selbständige Gewerbetreibende, welche in eigenen Betriebsstätten im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibender mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden (Hausindustrie) und zwar auch für den Fall, daß sie die Roh- und Hilfsstoffe selbst beschaffen;
- b) die in Kommunalbetrieben und im Kommunaldienst beschäftigten Personen, auf welche die Anwendung des § 1 des Krankenversicherungs-Gesetzes nicht durch anderweitige reichsgesetzliche Vorschriften erstreckt ist.

Krankensicherungspflicht. Zudem wird das den Beteiligten zur Kenntnis bringen und auf die amtliche Bekanntmachung im Nr. 208 des „Schöneberger Tageblattes“ besonders verweisen, erlauben wir, die erstmaligen Anmeldungen bis spätestens am 4. Oktober 1904 bei uns zu bewirken.

Die Anmeldebformulare halten wir im Klassenlokal vorrätig und geben dieselben gegen Erstattung der üblichen Kosten ab.

Für die in der Hausindustrie beschäftigten Personen (Konfektionsbranche etc.) bemerken wir, daß

a) der Fabrikant jeden in Schöneberg für seine Rechnung thätigen Zwischenmeister zur Anmeldung bringen muß, ihn auch abzumelden hat.

Es spielt keine Rolle, ob der Fabrikant in Berlin, Charlottenburg, Niddor oder Schöneberg selbst sein Gewerbe betreibt.

b) der Zwischenmeister, gleichviel, wo derselbe auch seine Arbeitstätte haben möge, alle diejenigen Hausindustriellen zu melden verpflichtet ist, welche in ihrer eigenen, in Schöneberg belegenen Wohnung für ihn thätig sind. Es kommt also auch hier nicht darauf an, ob diese Hausindustriellen für Schöneberger, Berliner, Charlottenburger, Niddor oder Schöneberger Zwischenmeister thätig sind. Es sind alleamt bei der diesseitigen Klasse versicherungspflichtig.

Die in Schöneberg wohnenden Zwischenmeister ersuchen wir zu beachten, daß auch diejenigen Personen bei uns zu melden sind, welche in der Werkstatt des Zwischenmeisters beschäftigt werden.

Die Meldungen sind in dreifacher Ausfertigung zu erstatten. Die Beiträge werden durch Klassenboten im Klassenlokal des Fabrikanten eingezogen. Der Fabrikant wie der Zwischenmeister halten für die Einzahlung der Beiträge in gleicher Weise.

Am Anschluß hieran bringen wir zur allgemeinen Kenntnis, daß wir im Klassenlokal in Schöneberg, Hauptstr. 8, mit dem 1. Oktober 1904 eine öffentliche Auskunftsstelle errichten werden, in der über alle

die Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung

betreffende Fragen u. n. e. n. g. e. l. l. i. c. h. Auskunft erteilt wird. Sprechstunden wochentäglich von 8-1 Uhr.

275/17 Der Vorstand.

## Orts-Krankenkasse Weißensee.

Die in der Generalversammlung vom 27. April 1904 beschlossenen neuen Statutenänderungen sind von dem Bezirksausschuß zu Potsdam am 18. August 1904 genehmigt worden. Dieselben treten am 1. Oktober 1904 in Kraft.

Vorstehendes bringen wir hierdurch unseren Mitgliedern sowie den Angehörigen zur Kenntnis und ersuchen, Statuten-Exemplare im Klassenlokal hier selbst, König-Charlottenstr. 23, in Empfang nehmen zu wollen.

Der Vorstand. 275/3 J. A.: W. A. Büttner, Vorsitzender.

## Möbel, 2052\*

ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke äußerst billig. Eigene Tischler-Werkstatt.

Berlin O., Wiehr, Petersburgerstr. 62.

## Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenkasse.

Eigene Werkstatt. Referent: Orts-Krankenkassen Berlin O., 30. Finien-Strasse 30.

NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bändern, angenehm und weich am Körper. 66632\*

## Kranz- u. Blumenbinderei

von H. Eckert, 98. Kottbuser Damm 98.\*

Kranz- und Blumenbinderei von H. Rodewald, Alexandrinenstrasse 1a. Kränze mit Blumenschleifen, Bouquets, Topfgewächse jeder Art etc. preiswert

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.

Die Zahlstelle 5 bei Bachgänger, Swinemünderstraße 34, befindet sich vom 1. Oktober ab bei G. Hoffmann, Swinemünderstraße 47.

Der Obmann des Bezirks, Kollege L. Hube, wohnt jetzt Sandhitzerstraße 3. 89/17

## Osten.

Die Zahlstelle 34 wird von der Königsbergerstraße 7 nach Gubenerstraße 6 bei Hermann Classe verlegt.

## Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstr. 57.

(2. Eingang Gormannstr. 28.)

Geföhnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telephon III 1296.

Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

## Beschließende Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die neuesten Ausprägungen in der Gelbmetall-Industrie. 2. Die Gewerbegerichtswahlen. — Aufstellung eines Kandidaten. 3. Gewerkschaftliches. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Laut Verwaltungsbeschluss wird die Versammlung pünktlich 10 Uhr eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 290/16

Gleichzeitig weisen wir auf die am Sonntag, den 23. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Englischen Garten stattfindende Monatsversammlung hin.

Die Ortsverwaltung.

## Tischlerverein zu Berlin.

(G. S. Nr. 89.)

Sonntag, den 1. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

## Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 199/7

Verkauf der Billets zum 33. Stiftungsfest

am Sonnabend, den 8. Oktober, in Sanssouci, Kottbuserstraße 4a. Regie Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Ersuchen erschienen: 5012\*

## Parlamentarismus und Generalstreik.

Stenogramm der Rede des Genossen

Dr. R. Friedeberg

gehalten am 3. August 1904 in Kellers Festsälen.

Mit einem Vorwort.

Die Broschüre ist 32 Seiten stark mit Umschlag und im Einzelverkauf für 10 Pfennige in der Expedition „Die Einigkeit“, Franzstr. 2, der Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstr. 69, sowie in allen Buchhandlungen und bei allen Kolporteurs zu haben. Verlag „Die Einigkeit“.

## H. Preuss, Swinemünderstr. 66, I. Etage.

Cigarren und Tabak-Fabrik und Engros-Lager (Tel. III 6949)

bekannteste billigste Bezugsquelle. Händler, Neu-Etablierungen etc.

Specialität: Pre-Ussina-Cigarren

gefehllich gef. Specialmarken J. Reimer, in allen Preislagen überall käuflich.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.\*

Heute Freitag: Blut- u. Leber

## Frische Wurst

in bekannter tadelloser Qualität.

Rich. Augustin, Lindenstr. 89, Hofbarterre.

Frühstücks- und Mittagstisch. Sitzungsnummer. Tel. Amt IV, 9927.

Vom 1. Oktober ab halte ich Karl-Strasse 20a (im Hause der Kaiser-Friedrich-Apotheke) täglich von 1/2 2-1/2, 3 eine Poliklinik für Kinder-Krankheiten ab. 32/7\*

Dr. Paul Marcuse, Krsl. Kinderarzt.

N. Brunen, Brunen-Strasse 135.

8-9, 1/2 5-6, außer Mittwochs.

Von Sonntag, den 2. Oktober ab

werden die Läger unserer rühmlichst bekannten Specialmarken:

Winter-Paletots

„TREFFER“ UND „KOMET“

(gesetzlich geschützt)

in allen Größen u. Farben, auch für etwas starke Herren, reichlich sortiert sein u. werden dieselben trotz der guten Qualität u. vollendeten Ausführung zu den

allbekanntesten billigen Preisen

(s. Sonntags-Insert) verkauft. — Ebenso empfehlen wir Herbst- und Winter-Paletots in allen Preislagen, Jackett-, Rock- und Gehrock-Anzüge, Joppen, Mäntel, Schlafrocke, einzelne Hosen u. Westen, wie auch Knaben-Kleidungsstücke in allen Größen und Preislagen.

Die Preise sind streng fest und auf jedem Gegenstand in Zahlen deutlich sichtbar.

Heitinger & Co., Deutsche Compagnie

BERLIN SO., Oranien-Strasse 40/41.

Preiskurant gratis und franko.

Nur 12 Minuten

vom Bahnhof Grünau entfernt wird ein neues Terrain am Falkenberg erschlossen.

Nur bis zum 1. Oktober 1904

werden die ersten 100 Parzellen zu Ausnahmepreisen von

1 Mark an pro qm. netto Bauland

unter günstigsten Zahlungsbedingungen verkauft. Hochbau und Landhausbau gestattet.

Näheres von 10-6 Uhr im Restaurant Moler, Straße am Falkenberg 19 bei Grünau. (Firma und Nummer beachten!)

Uhren, Grammophone, Goldwaren

sowie sämtliche Zubehörteile; Reparaturen, Platten billig.

Franz Henschke, N., Zwinnendammstr. 39.

Tel. Amt III. 5008.

Jedes 5 Pfennig.

Wort: 5 Das erste

Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Wandbildhaus Weidenweg 19.

Spottbilliger Gardinenverkauf. +49\*

Betten, Bettwäsche, Bettmatten, Aussteuerwische, Spinnere, Wandbildhaus Weidenweg neugehrt. Verkaufsgut genehmigter Ladenschluss.

Hochbornelme Teppiche, Bettvorleger, Portieren, Steppdecken, Spiegel, Regulatoren, Fächer, Bilder, Bedeckungen, Kleiderkasten, Spottbillig. Wandbildhaus Weidenweg neugehrt. +49\*

Spottbillige hohelegante Stores, Gardinen, Betten, Aussteuerwische, Wandbildhaus, Kleiderkasten, Spottbillig. Wandbildhaus Weidenweg neugehrt. +49\*

Verfallene goldene Herrenuhren, Damenuhren, silberne Taschenuhren, Damenketten, Herrenketten, Trauringe, Eienringe, Einlegungs-Gehörnte, Schmuckstücke, fabelhaft spottbillig. Wandbildhaus Weidenweg neugehrt.

Verfallene Uhren jeder Art spottbillig, vorzügliche Betten, Bettwäsche, Gardinen, Teppiche, Tischdecken, Steppdecken, Anlette, Pendeln, Uhren u. Wandbildhaus, Küstnerplatz 7. +49\*

Betten, Wische, Tischdecken, Bilder, Spiegel, Möbel, Regulatoren, Remontraturen spottbillig. Leihhaus Grüner Weg 113. +39/19\*

Betten, Wische, Tischdecken, Bilder, Spiegel, Möbel, Regulatoren, Remontraturen spottbillig. Leihhaus Reanderstraße 6. +39/16\*

Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Portieren spottbillig. Leihhaus Grüner Weg 113. +39/18\*

Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Portieren spottbillig. Leihhaus Grüner Weg 113 und Reanderstraße 6. +37\*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*

Hochbornelme Herren- und Damenpaletots, Beinfelder, vorjährig, aus feinsten Stoffen, spottbillig. Deutsches Verandhaus, Jägerstraße 63, eine Treppe. +35/58\*

Herrenanzüge, Ueberscher, wenig getragene Monatsgarderobe von 6 Mark an, große Auswahl, für jede Figur, auch neue zurückgekehrt, kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidemeister Hirtzengasse, Hofenhalderstraße 15, III. +46/2\*

Zurückgekehrt Herbstpaletots, Winterpaletots, Herren- und Knabenanzüge, einzelne Jacketts, Beinfelder, sowie nicht abgeholtte Warenstücke werden zu fabelhaft billigen Preisen verkauft. Hermann Schöndel, Oranienstraße 28, drittes Haus vom Oranienplatz. +46/2\*

Ringelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gedrehte 12,00. Röhrenstränge 40/61, Grenzläuferstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. +27\*

Jacketanzüge, Sommerpaletots spottbillig. +49\*

Gardinen-Specialgeschäft Blumenstraße 8. Anerkannt vorzügliche Einkaufsgüter. +25/45K\*

Gardinen, guter Stand, umhändler halber sofort billig. Rippenerstraße 10, I, rechts an der Weißmalderstraße. +25/43K\*

Cafes, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35b. +26/18K\*

Kleiderständer, Verticos, Spiegel, Spiegelständer, Säulentrumeau, Paneele, Bettstellen, Stühle, Bilder, verschiedene, änderungsreicher spottbillig, fast alles neu, passend Brautleuten. Gartenstraße 85, I links. +119/4\*

Dringend sollen sämtliche Möbel einer großen Wohnung billig verkauft werden. Darunter geschätztes Häufig 110 Mark, Ankleideschrank 84, Säulentrumeau, geschliffen, 33, Herrenkleiderstisch 48, hochseiner Koboldstuhl 4,50, Wuschelständer 26, geschmückte Büchereischränke, eleganter Tischsofa 50, Paneele 70, Bettstellen mit Matratzen und Kissen 27, Rubelstisch 25, Wuschelständer 10, Gardinen, Bilder, Betten, Teppich, Steppdecken, Tischstühle 6. Dresdenstraße 88, vorn II links. +35/7\*

Möbelverkauf in meiner Möbel-Fabrik Wallstraße 80-81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele ausgesetzte und verfallene geweseene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Verticos 27 Mark, Ausziehstisch 16, Wuschelständer mit Federmatratzen und Kissen 36, Tischsofa 50, Paneele 70, Wuschelstisch 20, Rubelstisch 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. +35/6\*

Möbel. Ganze Wohnungs-Einrichtungen auf Teilzahlung über den Resten bei ganz geringer Anzahlung zu billigen Preisen, liefert die Möbel-Fabrik August Strauß, Schützenstr. 72, kein Laden, Verkauf vorn I und im Fabrikgebäude. +24/8K\*

Teppiche mit Farbenfeinher Fabrikmeister Große Frankfurterstraße 9, parterre. +37\*

Hohelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21. +24/68K\*

Fahrräder, Teilzahlungen, hundertfünfeinhalb Mark, Invalidenstr. 148 (Eingang Bergstraße), Stahlbergstraße 40, Große Frankfurterstraße 56. +24/68K\*

Nähmaschinen. Zahl bis 10 Mark Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Woche 1,00, nur Postkarte. Lieferung sofort. Dörrgert, Gördenstraße 50. +122/5\*

Gasföcherhaus! Einlosgasföcher! 0,80. Zweilochgasföcher! 3,00. Dreilochgasföcher! Gasbraten! 6,00. Gasbäckapparat! Gasplättchen! spottbillig! Wöhlauer, Wallnertheaterstraße 32. +25/18K\*

Adolf Cohn jr.

Inh. Ludwig Cohn

Kaufhaus für Damenputz

Special-Abteilung für

Trauerhüte und Kinderhüte

Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 114

Tel. VII. 3090.

Ecke Andreasstrasse.

246L\*

Der Verkauf findet von jetzt ab zu sehr billigen, jedoch streng festen Preisen statt.

Jeder Gegenstand ist mit deutlichen Zahlen zu dem billigsten, festen Verkaufspreis ausgezeichnet.

Spezialität:

Solide bürgerlich. Einrichtungen

von 150-3500 Mark.

Bar- oder Teilzahlung.

Wilhelm Misch



Kein Laden - Reelle Ware

Niedrige Preise

Kulante Bedingungen

Strengste Verschwiegenheit

BERLIN NO. 18

Gr. Frankfurterstr. 45/46

Möbel Rich. Rosien

815L\* N., Schwedterstrasse 26.

Zur Saison empfehle meiner geehrten Kundschaft mein reichhaltiges Möbellager zur gefl. Besichtigung.

Abonnenten des „Vorwärts“ gewähre bei Bar-Einkauf

4 Prozent Rabatt.



Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 3 Uhr angenommen.

Nächste Woche Ziehung!

Quedlinburger Lose à 1 M.

11 Lose 10 Mk. Porto u. Liste 20 Pf. Pferde-Gewinne sofort verkäuflich gegen

Bar Geld.

1500 Gewinne im Werte von 1 M.

23 000.

Hauptgewinn i. W. v. Mk.

5000.

Lose versendet auch gegen

Nachnahme

Carl Krebs, Quedlinburg G.

Zu haben in den Lotterie- u.

Oigarron-Geschäften. 418L\*

Möbelverkauf,

passendste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mk., hochlegante Einrichtungen bis zu 10 000 Mk. und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Bedienen ohne Anzahlung. Staumend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verbleiben. gewaschenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderständer 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Wuschelständer, Verticos 36, Salongarnitur, Tischgarnituren 105, Wuschelständer mit Matratzen 40, geschmückte Häufige, Wuschelständer, Paneele 50 mit Tischstühlen 40, Schreibtisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmern, Speisezimmer in Eichen, auch Buchbaum, Salons, Almahagoni, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. +39/2\*

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41,

Spezialarzt für

Haut- und Nervenleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.